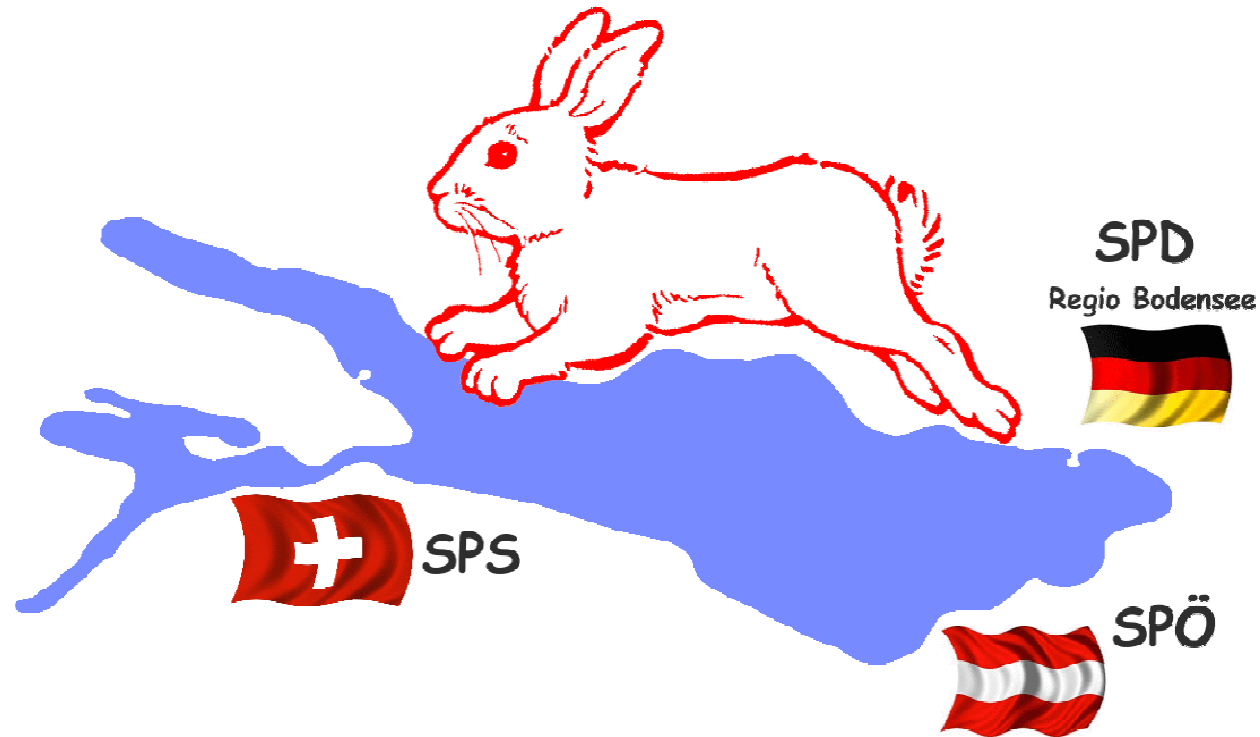


„Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion



Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org

Ausgabe: 156

02.11.2014

EDITORIAL

Das EU-Mitglied Schweden hat Palästina als Staat anerkannt. Damit ist eine Schranke eingerissen. Die Voraussetzungen: Volk – Regierung – Territorium – seien für eine Anerkennung gegeben. Die durch die israelische Siedlungspolitik geschaffenen Fakten verstoßen nach schwedischer Sicht gegen völkerrechtliche Prinzipien: „No fruits of aggression“. Das Zwei-Staaten-Modell ist keine bloße Theorie mehr. Eine positive Reaktion Israels und anderer Staaten ist leider kaum zu erwarten. Die UN zeigen sich wieder einmal als machtlose Institution.

„Im Osten nichts Neues“ Zwar haben die Ukrainer so gewählt, dass selbst die russische Seite nicht an Lob spart. Die Destabilisierung des Landes wird jedoch weiterhin die ukrainische Politik so beschäftigen, dass Russland keine Schwierigkeiten haben wird, sein geopolitisches Machtspiel fortzuführen – siehe auch das derzeitige Muskelspiel der russischen Luftwaffe.

In der arabisch-muslimischen Welt hat sich eine Demokratie etabliert. Das „Musterkind“ Tunesien steht einzig da. Die ehemaligen Mandatsgebiete Syrien, Irak, Libanon und Palästina (Ostpalästina = Jordanien – Westpalästina mit Israel + Westbanks + Gaza) zeigen eine Region in voller Auflösung. Eine Terrorgruppe „IS“ (Islamischer Staat) will ein Kalifat errichten unter ideologischer Interpretation des Islam des 7. Jahrhunderts mit moderner Technik und Propaganda. Die Kalifen waren die Nachfolger Mohammeds als höchste Autorität des Islam (sunnitische Richtung).

Das türkische Lavieren erklärt sich teilweise aus der Betroffenheit in der kurdischen Frage: wer ist schlimmer - PKK oder IS? Die Erfolge des IS sind allerdings nicht nur aus der überlegenen Bewaffnung und der gezielten Anwendung von Terror (das konnten die Mongolen Dschingis Khans und seiner Nachfolger auch schon), die sozialen „Wohltaten“ an den Armen und die total verfehlte irakische (schiitische) Politik gegenüber der sunnitischen Mehrheit taten das Übrige.

Der Vorwurf an Obama, er verfolge eine zu zögerliche Politik ist auch im Wahlkampf vor den Kongresswahlen unfair und höchst gefährlich. Schon jetzt ist das militärische Engreifen höchst bedenklich.

Wer ist hier Freund, wer Feind? Türken und Kurden – USA und Assad – Iran und Saudi-Arabien?

Kommen wir zu Europa: wie geht es weiter mit dem Flüchtlingsproblem? Kann Frankreich die Kurve kriegen? Bekommt Cameron den Oscar? Ist die Bankenkrise jetzt im Griff?

In der deutschen Politik wird das Problem des Investitionsstau immer gravierender. Die Summe der dringend nötigen öffentlichen Investitionen beläuft sich mittlerweile auf einen Betrag im Bereich 300 – 400 Mrd. Euro.

Frau Merkel grenzt einfach ganze wirtschaftliche Bereiche aus und gaukelt damit eine positive Bilanz vor. Das Verlottern-Lassen z. B. der Verkehrs-Infrastruktur könnte böse Folgen nach sich ziehen. Der Versuch, private Gelder zur Investierung öffentlicher Aufgaben zu nutzen, muss scheitern. Zinsbillige Kredite aus privater Hand in Milliardenhöhe? Das wird nicht klappen.

Das Instrument Schuldenbremse ist äußerst leichtfertig mit Verfassungsrang eingebaut worden. Schulden sind nicht immer „böse Schulden“.

Es grüßt Sie die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|--|--------|
| - Editorial - EU : „Parlament zeigt Junckers Team die Zähne“ - Europäischer Gerichtshof untersagt Mindestlohnvorgaben bei öffentlichen Aufträgen | 2, 4-5 |
| - Deutschland: SPD Baden-Württemberg : Bund und Länder beraten engere Zusammenarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit | 6 |
| - Baden-Württemberg fordert verlässlichere Finanzierung im Bundesfernstraßenbau - Bundesrat wählt neue Spitzen der Ausschüsse | 6-8 |
| - Auflösungen von Seite 5 | 8 |
| - Südwürttemberg-Region : Konferenz der SPD Südwürttemberg am 8. November 2014 | 9 |
| - SPD-Bodenseekreis : Wie positioniert sich die neue SPD-Kreistagsfraktion im Bodenseekreis? | 10-12 |
| - SPD Ailingen veranstaltet Forum zu Freihandelsabkommen - Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum | 12-14 |
| - SPD KV BC und Martin Gerster : Die SPD-Kreistagsfraktion kritisiert das Nichterscheinen der CDU-Abgeordneten | 15 |
| - Chance, wenn man es „richtig macht“ - MdB Gerster und Kolpingjugend Ochsenhausen rufen zu Spenden auf | 15-17 |
| - Die Ortsumfahrung Bad Schussenried-Kleinwinnaden im Zuge der L 284 wird endlich gebaut | 17 |
| - „Das Regierungspräsidium Tübingen liegt gut im Zeitplan“ – Antwort Minister Hermann zu Südbahn | 18-19 |
| - SPD Ulm, Alb-Donau Kreis, MdB Hilde Mattheis : Mattheis trifft Elly-Heuss-Realschüler in Berlin - Durchbruch für Tariflöhne in der Pflege - Mattheis fordert mehr Geld für Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge - Bund unterstützt Ulmer Jugendhilfe | 20-21 |
| - SPD Bayern: Unterbezirk Lindau : Ein Nachruf für Hermann Dorf Müller, SPD Lindau - Auflösungen von Seite 5 | 22-23 |
| - SBI : Nachruf für den überraschend verstorbenen Hermann Dorf Müller, Lindau - Interpellationen für die Rheinaufweitungen | 24-26 |
| - Zwei Trauerfeiern am gleichen Tag | 26-27 |
| - SPÖ Österreich SPÖ Vorarlberg : Der „neue politische Stil“ von Schwarz/Grün - Nichts Neues im Westen | 28-29 |
| - Mogelpackung gemeinsame Schule - Wir betrauern den Tod des HR Prof. Mag. Norbert Neururer | 29-30 |
| - SPÖ nimmt Arbeit im Landtag auf - „Erhöhung des Heizkostenzuschusses ist schwarz-grüne Augenauswischerei“ | 30-31 |
| - SP Schweiz : - SP Kanton SG : SP für Klarheit und Transparenz - 6 Mal Ja zu starken öffentlichen Spitälern | 32-33 |
| - Regierung steckt Kopf in den Sand | 33-34 |
| - Kanton Thurgau : Nicht nur am Gotthard mehr Sicherheit auf der Strasse | 34-35 |
| - SP TG : Jugendparlament in Herisau | 35 |
| - DL21 : Für eine neue SPD-Linke! | 36-37 |
| - Serie : Integration - „Bildung und Partizipation – Stärkung der Demokratie“ | 38-41 |
| - Impressum | 42 |

Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Evelyne Gebhardt:

„Parlament zeigt Junckers Team die Zähne“

Europäisches Parlament stimmt über Juncker-Kommission ab

Fünf Monate nach der Europawahl und drei Monate nach der Wahl **Jean-Claude Junckers** zum designierten Kommissionspräsidenten stimmt das Europäische Parlament am Mittwoch über Personal und Programm der neuen Europäischen Kommission ab. „Herr Juncker hat von uns im Juli keine Blankovollmacht erhalten. Unsere Zustimmung zur neuen Kommission hing davon ab, ob Herr Juncker die richtigen Themen setzt und geeignete Köpfe für deren Umsetzung auswählt“, macht die SPD-Europaabgeordnete im Vorfeld der Abstimmung am Mittwoch deutlich.

In Anhörungen hatten sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in den vergangenen Wochen ein Bild von den Kommissionskandidaten gemacht. „Wir haben Junckers Team die Zähne gezeigt. Wer dachte, das Parlament würde die neue Kommission in den Anhörungen einfach so durchwinken, der hat sich getäuscht. Herr Juncker musste an entscheidenden Stellen inhaltlich und personell umbauen, um die Unterstützung des Parlaments zu erlangen“, erklärt die baden-württembergische SPD-Abgeordnete **Evelyne Gebhardt** in Straßburg. „Bei zentralen Themen wie der Finanzmarktregulierung, einer umfassenden Datenschutzreform oder aber

dem Umgang mit den Folgen der Wirtschaftskrise konnten wir den designierten Kommissaren entscheidende Zugeständnisse entlocken. Diese bilden die Grundlage für eine kritische Kontrolle der neuen Kommission durch das Parlament“, so **Evelyne Gebhardt**.

Als besonderen Erfolg wertet die SPD-Abgeordnete **Evelyne Gebhardt** die thematische Priorisierung der nachhaltigen Entwicklung. Als zentrales Politikfeld wird diese künftig beim ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, angesiedelt sein. „Auf Drängen der sozialdemokratischen Fraktion ist es gelungen, soziale und ökologische Nachhaltigkeit fest im Programm und Personal der neuen Kommission zu verankern“, freut sich **Evelyne Gebhardt**.

Als eine weitere zentrale Bedingung für die Unterstützung der neuen Kommission nennt die SPD-Abgeordnete das Bekenntnis Junckers und dessen Kollegiums zu einem ambitionierten Investitionsprogramm. „Die von der scheidenden Kommission mit zu verantwortende Sparpolitik hat die Folgen der Wirtschaftskrise verstärkt. Wir erwarten von der neuen Kommission deshalb eine rasche Konkretisierung ihres Versprechens über ein 300 Milliarden schweres Investitionspaket“, so **Evelyne Gebhardt**.

Straßburg, den 21.10.2014

Evelyne Gebhardt, MdEP

Evelyne Gebhardt:

Europäischer Gerichtshof untersagt Mindestlohnvorgaben bei öffentlichen Aufträgen

Der Europäische Gerichtshof hat sich gegen die Möglichkeit ausgesprochen, die Zahlung von Mindestlöhnen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen vorzuschreiben - zum Bedauern der SPD-Europaabgeordneten **Evelyne Gebhardt**. Falls die Arbeiten komplett im Ausland erledigt werden, kann etwa er Mindestlohn des Auftraggeber-Landes nicht vorgeschrieben werden, urteilte der EuGH kürzlich in Luxemburg.

„Mit diesem Urteil erweist der Europäische Gerichtshof den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Bärendienst“, erklärt die baden-württem-

bergische Abgeordnete. „Bei der Weitervergabe von Aufträgen an Subunternehmer im Ausland müssen die Menschen dort selbstverständlich ebenfalls angemessen bezahlt werden, mindestens nach dem dort geltenden Mindestlohn.“

Im vorliegenden Fall entschied die Bundesdruckerei, die von der Stadt Dortmund vergebene Aufgabe an ein Subunternehmen in Polen auszulagern. Laut nordrhein-westfälischem Landesrecht müssen Arbeiten, die mit öffentlichen Geldern bezahlt werden, mit mindestens 8,62 € pro Stunde vergütet werden. Das deutsche Unternehmen beanstandete die Mindestlohnvorgabe für im Ausland erledigte Arbeiten. Demnach sei eine solche Mindestlohnvorgabe ein Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit.

„Mit dieser Entscheidung untermauert das Gericht seine bisherige Position, Unternehmerinteressen von Anbietern aus Billiglohnländern höher zu gewichten als die Interessen der heimischen Unternehmen und ihrer Mitarbeiter“, kritisiert **Evelyne Gebhardt**, sozialdemokratische Sprecherin des Binnenmarktausschusses des Europaparlaments. „Die Bürger und Bürgerinnen Europas wollen keinen Binnenmarkt, der Hungerlöhnen Tür und Tor öffnet.“

Der Europäische Gerichtshof sollte seine Rechtsprechung überdenken, die sozialpolitische Ziele und wirtschaftliche Grundfreiheiten in einem Widerspruch sieht“, so **Evelyne Gebhardt**. „Selbstverständlich müssen Sozialkriterien in einer Ausschreibung auch für Subunternehmer gelten, damit Schlupflöcher für die Umgehung von Ausschreibungsvorgaben geschlossen werden können.“

Sozialdumping und die Ausbreitung von Subunternehmertum dürften laut **Evelyne Gebhardt** nicht auch noch mit dem Geld der Steuerzahler finanziert werden. Der Arbeitnehmerschutz rechtfertigt in solchen Fällen eine partielle Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit, so die Sozialdemokratin.

Europa aktuell Nr. 9 2014

Wer hat das gesagt?

1.

„Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt.“

Es ist gerecht, dass jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen.

Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.“

2.

Wenn es morgens um sechs Uhr an meiner Tür läutet und ich kann sicher sein, dass es der Milchmann ist, dann weiß ich, dass ich in einer Demokratie lebe.

3.

Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut werden, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist.

[Auflösungen auf Seite 8 und Seite 23](#)

SPD Deutschland

SPD Baden-Württemberg



Bund und Länder beraten engere Zusammenarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit

Bundesratsminister Peter Friedrich: Bürgerbeteiligung gibt wichtige Impulse zur Entwicklungszusammenarbeit

„Entwicklungszusammenarbeit ist für uns in Baden-Württemberg ein wesentliches Element einer nachhaltigen Politik und eine Zukunftsinvestition. Damit wir uns bundesweit mehr Gehör verschaffen, sind eine engere Zusammenarbeit und eine engere Abstimmung der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes und der Länder unabdingbar. Dieses Treffen ist ein erster Schritt dazu“, sagte **Peter Friedrich**, Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten in Baden-Württemberg, am Donnerstag (9. Oktober 2014) nach einem Treffen mit seinen für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Kolleginnen und Kollegen der anderen Länder in Berlin. Auf Initiative von Baden-Württemberg, Bayern und Bremen war dieses Treffen nach mehreren Jahren Pause wieder zustande gekommen. Die Minister verabredeten, sich auch im nächsten Jahr wieder zu treffen.

Bei dem Treffen in der Bayerischen Landesvertretung, an dem zeitweise auf Bundesminister Gerd Müller teilnahm, verabredeten die Minister eine engere Zusammenarbeit der Ländern untereinander und auch mit dem Bund. „Wenn das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine Deutsch-afrikanische Jugendinitiative ins Leben ruft,

können wir mit unserer Länderpartnerschaft mit Burundi einiges dazu beitragen“, erklärte Friedrich.

Friedrich verwies im Laufe der Beratungen auf den baden-württembergischen Dialog „Welt: Bürger gefragt!“, bei dem unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft die Leitlinien der baden-württembergischen Entwicklungszusammenarbeit erarbeitet und Handlungsempfehlungen verabschiedet wurden, die schließlich vom Ministerrat im Februar 2013 beschlossen wurden. „Ich kann diese Form der Bürgerbeteiligung gerade in einem Feld mit so engagierten Bürgerinnen und Bürgern wie der Entwicklungszusammenarbeit meinen Kolleginnen und Kollegen nur empfehlen“, erklärte der Minister. Die Leitlinien erklären Entwicklungszusammenarbeit zur Querschnittsaufgabe, die alle Felder der Landespolitik betrifft, beispielsweise die Schulpolitik mit dem Thema Globales Lernen oder die Wirtschaftspolitik mit dem Thema Faire Beschaffung. Als Folge des Dialogprozesses wurde unter anderem zur Beratung der Landesregierung der Rat der Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet, dem sachkundige Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, Kirchen und Zivilgesellschaft angehören.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist in den Ländern in unterschiedlichen Ministerien angesiedelt. Sie hat, anders als zum Beispiel der Bereich Kultur oder Inneres, keine eigene regelmäßig tagende Fachministerkonferenz.

9. Oktober 2014

Presse_LV_BW



Baden-Württemberg fordert verlässlichere Finanzierung im Bundesfernstraßenbau

Bundesratsminister Friedrich: Finanzierungslösungen den Gegebenheiten anpassen; erforderliche Infrastrukturaufgaben effizient und nachhaltig angehen

Verkehrsminister Hermann: Unterjährige Mittelzuweisungen und die unkalkulierbare kurzfristigen Mittelausgleiche am Jahresende machen sachgerechte Planung und Steuerung unmöglich

„Wir brauchen ein Finanzierungssystem, bei dem der Bund den Ländern eine verlässliche Planung und Abwicklung der Baumaßnahmen ermöglicht“, sagte der baden-württembergische Bundesratsminister **Peter Friedrich** am Donnerstag, 9. Oktober 2014 in Berlin. Baden-Württemberg setze sich daher mit einer Bundesrats-Entscheidung zur „Verlässlichen, planbaren und auskömmlichen Finanzierung im Bundesfernstraßenbau“ (TOP 5) dafür ein, die Planung großer Projekte im Bundesfernstraßenbau transparenter zu gestalten. Die Bundesregierung wird gebeten, ein Konzept für eine zuverlässige Durchführung von Infrastrukturprojekten vorzulegen. „Moderne, projektorientierte Finanzierungslösungen müssen sich von dem überkommenen und unzeitgemäßen Jährlichkeitsprinzip lösen und sich den Gegebenheiten anpassen. So können wir dringend erforderliche Infrastrukturaufgaben effizient angehen“, betonte Minister Friedrich.

Der baden-württembergische Verkehrsminister **Winfried Hermann** stellte heraus: „Eine sachgerechte Planung und Finanzierung des Ausbau- und Erhaltungsbedarfs der Bundesfernstraßen in den Ländern erfordert eine bedarfsgerechte Mittelausstattung, eine realistische Mittelfristige Finanzplanung. Dies ist unter den jetzigen Bedingungen immer weniger gegeben.“

Das Land fordert einen deutlich höheren Bundeszuschuss zu den Planungskosten. Die vom Bund gezahlte Pauschale von 3 Prozent für Planung und Aufsicht bei Bundesfernstraßenprojekten stehe in keinem Verhältnis mehr zu den tatsächlichen Kosten von 15 –20 Prozent. Die derzeitige Mittelfristige Finanzplanung beim Bundesfernstraßenbau sehe ein deutliches Absinken der Haushaltsansätze für Aus- und Neubaumaßnahmen vor: „Die zu Beginn des Jahres vorhandenen Haushaltsansätze reichen nicht aus, um auch nur die laufenden Aus- und Neubaumaßnahmen zu finanzieren“, erläuterte Minister Friedrich. Die Landesregierung habe schon vor zwei Jahren die in Baden-Württemberg geplanten Bundesfernstraßenprojekte nach objektiven und nachprüfbareren Kriterien priorisiert.

Dies sei umso wichtiger als die Länder auch durch das vom Bund angekündigte Brückenertüchtigungsprogramm vor großen Herausforderungen stehen, so Minister Herrmann. „Die bisherigen unterjährigen Mittelzuweisungen und die unkalkulierbaren kurzfristigen Mittelausgleiche am Jahresende machen aus Sicht der Landesregierung eine sachgerechte Planung und Steuerung praktisch unmöglich. Zudem können die Straßenbauverwaltungen in den Ländern ihre personellen Kapazitäten nicht so kurzfristig anpassen, so der Verkehrsminister.

Die Minister forderten den Bund zudem auf, neben einem Konzept für eine langfristige und zuverlässige Durchführung von Infrastrukturprojekten auch die Finanzierung von Maßnahmen, die 2014 noch begonnen werden, überjährig und ohne Anrechnung nicht verwendeter Mittel auf die Finanzierungslinie ab 2015 sicherzustellen.

9. Oktober 2014

Presse_LV_BW



Bundesrat wählt neue Spitzen der Ausschüsse

Baden-Württembergs Bundesratsminister Peter Friedrich erneut als Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union vorgeschlagen

Minister Peter Friedrich:

„Länder brauchen Sprachrohr auf europäischer Ebene“

„Die Politik wird immer europäischer, auch wenn es die Dinge direkt vor unserer Haustür betrifft. Deshalb ist es für uns Länder so wichtig, dass wir mit dem Ausschuss des Bundesrates für Fragen der Europäischen Union ein Gremium und ein Sprachrohr haben, das uns auf europäischer Ebene entsprechendes Gehör verschafft“, sagte Bundesratsminister **Peter Friedrich** am Freitag (10. Oktober 2014) in Berlin. Der Bundesrat wählt in seiner heutigen Sitzung für das am 1. November beginnende Geschäftsjahr die neuen Vorsitzenden. Baden-Württemberg steht dabei der Vorsitz des Europa-Ausschusses zu. „Eine Aufgabe, die mir viel Freude bereitet und die mir sehr am Herzen liegt. Wir Länder benötigen die entsprechenden Gremien,

damit wir unsere Interessen angemessen und vor allem rechtzeitig auf europäischer Ebene einbringen können.“

Im vergangenen Geschäftsjahr hatte Friedrich als Vorsitzender des EU-Ausschusses den Bundesrat auf diversen COSAC-Konferenzen (Treffen der EU-Ausschüsse der Parlamente der EU) in Athen und Rom vertreten sowie auf der ersten Interparlamentarischen Konferenz über die wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung der EU in Vilnius. Dieses neue Gremium soll es Vertretern der nationalen Parlamente und des Europaparlaments ermöglichen, Einblicke zu nehmen und bei der Haushaltspolitik der EU entsprechend mitzubestimmen. „Ein parlamentarisches Gegengewicht zu den zunehmend zwischenstaatlichen Strukturen auf EU-Ebene war dringend notwendig“, erklärte Friedrich. „Gerade die deutschen Länder hatten hier leidvolle Erfahrungen gemacht. Wir wurden entweder gar nicht oder viel zu spät informiert und mussten die Dinge dann durch die Parlamentskammern peitschen.“

Friedrich hatte sich zudem für eine neue Fassung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in EU-Angelegenheiten stark gemacht, die die Rechte des Bundesrates weiter stärken soll. Dabei ging es um eine umfassende demokratische Legitimation europäischer Entscheidungen durch Einbeziehung der nationalen Parlamente, aber auch um die Sicherung des föderalen Staates. „Die Politikfelder werden immer komplexer, das Tempo der Entscheidungen immer höher, deshalb müssen wir im EU-Ausschuss und darüber hinaus dafür sorgen, dass der Handlungsspielraum der Länder nicht immer weiter eingeschränkt wird.“

Eine ebenso wichtige Station war die politische Sitzung des Ausschusses im Mai 2014, in der EU-Handelskommissar Karel de Gucht und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zu Gast waren. Der EU-Handelskommissar hatte den Ländervertretern über den neuesten Stand der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EU-USA berichtet, Außenminister Steinmeier sprach zu aktuellen europa- und außenpolitischen Entwicklungen, besonders in Bezug auf die Ukraine. Beides, so Friedrich, habe dem Ausschuss eine bessere Sicht auf Entwicklungen und Geschehnisse und damit auch auf die Planungen der Bundesregierung ermöglicht.

Die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) war auch Thema einer erfolgreichen Bundesratsinitiative Baden-Württembergs zusammen mit Hamburg und Niedersachsen. Anlässlich der europaweiten Konsultation der EU-Kommission zu Fragen des Investitionsschutzes bei TTIP erklärte der Bundesrat spezielle Investitionsschutzvorschriften zwischen der EU und den USA für verzichtbar. „Auch hier haben wir im vergangenen Jahr einen wichtigen Punkt gesetzt und ich hoffe, dass wir im nun vor uns liegenden Geschäftsjahr an diese Erfolge anknüpfen können“, sagte Friedrich.

10. Oktober 2014

Presse_LV_BW

Auflösungen von Seite 5

1. Friedrich II. der Große

* 1712 † 1786 ab 1740 König in und ab 1772 König von Preußen.

Die von ihm gegen Österreich geführten drei Schlesischen Kriege um den Besitz Schlesiens führten zum deutschen Dualismus. Nach dem letzten dieser Kriege, dem Siebenjährigen Krieg von 1756 bis 1763, war Preußen als fünfte Großmacht neben Frankreich, Großbritannien, Österreich und Russland anerkannt.

Friedrich gilt als ein Repräsentant des aufgeklärten Absolutismus. So bezeichnete er sich selbst als „ersten Diener des Staates“

2. Winston Churchill

(* 1874 † 1965) gilt als bedeutendster britischer Staatsmann des 20.

Jahrhunderts. Er war von 1940 bis 1945 und von 1951 bis 1955 Premierminister und führte Großbritannien durch den 2. Weltkrieg. Zuvor hatte er bereits mehrere Regierungsämter bekleidet, unter anderem das des Ersten Lords der Admiralität, des Innen- und des Finanzministers. Darüber hinaus trat er als Autor politischer und historischer Werke hervor und erhielt 1953 den Nobelpreis für Literatur.

Südwesttemberg –Region



Konferenz der SPD Südwesttemberg am 8. November 2014



Liebe Genossinnen und Genossen,

was können wir aus den Wahlergebnissen der Bundestagswahl 2013 für die Zukunft lernen?

Wie müssen wir uns im Landesverband und vor Ort aufstellen, um gerade im ländlichen Raum eine sichtbare, lebendige und moderne SPD zu leben?

Am Samstag, 8. November 2014 werden wir von 14 bis 18 Uhr im Hotel Kleber Post, Poststraße 1, 88348 Bad Saulgau eine Konferenz der SPD Südwesttemberg durchführen, um diese Fragen zu diskutieren.

Du bist herzlich eingeladen!

Auf der Konferenz wollen wir uns mit der Analyse der letzten Wahlergebnisse auseinandersetzen und eine gemeinsame Strategie für die Ausrichtung des Landtagswahlkampfes 2016 diskutieren. Wir wollen gemeinsam erarbeiten, wie wir die Strukturen in unserer ländlich geprägten Region stärken können.

Ich freue mich, wenn Du zu unserer Konferenz kommst.
Einen vorläufigen Ablaufplan findest Du im Anhang.
Eure Hilde

Hilde (ablu)

Programm:

- 14:00 Uhr Begrüßung durch Stephan Binsch, KV Sigmaringen
- 14:10 Uhr Einführung Katja Mast, MdB, Generalsekretärin
- 14:30 Uhr Impuls Hilde Mattheis, MdB
stellv. SPD Landesvorsitzende
Wahlergebnisse der letzten Wahlen in
Südwesttemberg
- 15:00 Uhr Nachfragen und Diskussion
- 15:45 Uhr Kaffeepause
- 16:00 Uhr Leitthesen und Leitfragen aus den
Kreisverbänden
Darstellung durch die Kreisvorsitzenden
- 17:00 Uhr Schlussfolgerungen und erste Vereinbarungen
einer gemeinsamen Strategie
- 17:30 Uhr Schlusswort

Hilde Mattheis MdB - Söflinger Straße 145 - 89077 Ulm - Tel. 0731/6026771 -
hilde.mattheis.wk01@bundestag.de

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



Wie positioniert sich die neue SPD- Kreistagsfraktion im Bodenseekreis?

Nach dem Brockhaus bzw. nach wikipedia ist eine Kreistagsfraktion die vom Volk gewählte Abgeordneten-Riege, bisweilen auch nur ein Duo oder ein Trio, von einer politischen Partei in einem so genannten Kreis-Parlament in Mitteleuropa, zumindest in Baden-Württemberg oder in Bayern. Gewählt auf fünf Jahre. Ein Kreisparlament steht im Staatsaufbau unmittelbar über den Gemeindevertretungen, Gemeindeparlamenten in einem betreffenden Landkreis bzw. Bezirk. In Vorarlberg wäre die Kreisverwaltungsbehörde eine Bezirkshauptmannschaft (BH), eine solche gibt es in Bregenz, in Dornbirn, in Feldkirch und in Bludenz (also immer einen Tagesritt zu Pferd in früheren Jahrhunderten auseinander, laut Michael Ritsch).

Ein Kreisparlament beschließt den Kreishaushalt mit den Einnahmen (Gebühren, Gemeindeumlagen etc.) und den Ausgaben. Der größte Posten bei den Ausgaben ist meistens die Jugend- und Familienhilfe in der Kreisverwaltung, gefolgt von der Verwaltung des regionalen öffentlichen Verkehrs, der Abfallwirtschaft, des Kreisstraßenbaus und der Kulturförderung. An der Spitze eines Kreistages bzw. eines Landkreises (Bezirks) steht in Deutschland ein Landrat (Landrätin), in Baden-Württemberg vom Kreistag gewählt, in Bayern vom Volk gewählt. Der Landrat (die Landrätin) ist Dienstvorgesetzte(r) und Leiter (in) der Kreisverwaltung, also der Aufsichtsbehörde für die kleineren Kreisgemeinden, die zu dem betreffenden Landkreis dazuge-

hören. Jedes Baugesuch in einer Gemeinde muss von der Baubehörde im Landratsamt intensiv geprüft und dann genehmigt werden. Ebenso der Haushaltsplan einer kleinen Kommune im Landkreis. So weit so gut.

Der Rote Seehas beginnt jetzt eine kleine Serie zu den SPD-Kreistagsfraktionen in Südwürttemberg, die nach der Kommunalwahl Ende Mai 2014 ihre Schwerpunkte für die Arbeit in den kommenden fünf Jahren wohl erarbeitet haben. Beginnen wir mit der SPD-Kreistagsfraktion im baden-württembergischen Bodenseekreis(um Friedrichshafen, von Tettngang u. Kressbronn bis Überlingen/Siplingen reichend).

In diesem Landkreis leben und wohnen aktuell round about 206 000 Einwohner. Den Bodenseekreis gibt es offiziell seit dem 1. Januar 1973, seit der baden-württembergischen Kreisreform. Warum heißt er so? Weil die Altbadener im Raum Überlingen und Umgebung etwas dagegen hatten, dass der neue Landkreis wie sonst Konstanz, Sigmaringen, Ravensburg, Lindau, Biberach usw. halt nach der Kreishauptstadt Friedrichshafen benannt werden soll. Die Zeppelinstadt klingt halt zu württembergisch/schwäbisch. So hat man sich auf den neutralen Namen „Bodenseekreis“ geeinigt. Stimmt's? Nur beim Autokennzeichen müssen die westlichen Kreisbewohner es aushalten, FN am PKW statt ÜB zu montieren. In Frankreich verwechselt man dies leider mit der höchst umstrittenen Partei „Front National“.

Bei der diesjährigen Kreistagswahl am 25. Mai hat die SPD Friedrichshafen ein Mandat im Kreistag abgeben müssen. Statt bisher neun SPD-Kreisräte/-innen gibt es jetzt acht SPD'ler im Kreisparlament, statt zwei Kreisrätinnen von der SPD gibt es jetzt noch eine einzige. Sie sitzen im Kreistag wie beim Fußball in einer 2-3-3- Mann/Frauschaftsaufstellung hintereinander. Doppelspitze im Sturm sind Norbert Zeller und Michael Wilkendorf, dahinter im Mittelfeld Libero Dieter Stauber, unterstützt von Jo Büchelmeier und Jochen Jehle. In der Reihe dahinter sitzen die „Ausputzer“ (Verteidiger) Ingrid Sauter, Charlie Maier und Boris Mattes. Die SPD-Kreisräte haben wie der gesamte Kreistag in Friedrichshafen mit Sicherheit den größten Weitblick (Horizont) von allen Kreis-Parlamentariern in ganz Südwürttemberg! Geografisch auf jeden Fall. Im obersten 7. Stockwerk des Neubaus des Landratsamtes im Häfler Stadtteil Windhag gleich an der Bahnlinie nach Über-

lingen tagt immer der Kreistag. Da gibt es sogar extra einen Balkon, wo man immer an der frischen Luft ist (wenn nicht Raucher sich dazwischen mogeln.) Und fast wie im Zeppelin-Luftschiff kann man von hier den ganzen weiten Bodensee überschauen, vom Pfänder im Osten, über den Säntis in der Schweiz im Süden und im Westen bis zum Hohentwiel.

Soviel mal zum super Ambiente, um das die Kreisräte im Zollernalbkreis oder im Alb-Donau-Kreis unweit von Ulm die Seehasen sicher beneiden. Und die im Landratsamt Biberach erst recht!

| Sitzverteilung im neu gewählten Kreistag 2014 | | Bodenseekreis (Frühafen) | |
|---|------------------|---|------------------|
| CDU | 20 Sitze | SPD | 8 Sitze |
| Freie Wähler | 12 Sitze | Grüne | 10 Sitze |
| FDP | 3 Sitze | Linkspartei | 2 Sitze |
| Eriskircher Liste | 1 Sitz | Bürgerliche Verwaltungsgemeinschaft Überlingen/ Sipp-lingen/Owingen | 1 Sitz |
| Oberteuringer Liste | 1 Sitz | | |
| zusammen | 58 Kreistagsitze | | (2009: 62 Sitze) |

Mit das wichtigste Vorhaben in den nächsten Monaten ist die Neuwahl des Landrates. Es endet die 1.Amtszeit von Landrat Lothar Wölfle, am 9.Februar 2007 zum neuen Landrat des Bodenseekreises gewählt, vorher Bürgermeister in der Musikstadt Trossingen, Mitglied der CDU. Er kann auch Klavier und Fußball spielen. Wird die SPD-Fraktion im Kreistag seine Wiederwahl zum Landrat unterstützen oder wählt sie einen anderen Bewerber, eine andere Kandidatin um diesen Posten?

Man führt mit Landrat Wölfle Gespräche, in denen so viele wie möglich SPD-nahe Anliegen in der künftigen Kreispolitik besprochen und festgezurrt werden sollen, heißt es. Vor allem in der Sozial- und Schulpolitik, soweit der Landkreis Schulträger ist, wie bei den Beruflichen Schulen oder wie beim Bildungszentrum Markdorf mit Gymnasium, Realschule+Haupt- und Werkrealschule. In der Sozialpolitik geht es um die Flüchtlingshilfe, um die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen aus Problemfamilien in besonderen Wohngemeinschaften, um den Abbau der überdurchschnittlichen Quote am Bodensee beim Anteil an jugendlichen Koma-Trinkern sowie um

den Ausbau der Kinderbetreuung(U-3-Krippen) und der Pflegeberatung im Kreisgebiet.

Haushaltsbezogen haben alle württembergischen Landkreise, die der OEW (Oberschwäbische Elektrizitätswerke)als Tochterunternehmen des baden-württembergischen Stromkonzerns EnBW angehören, ein großes Problem damit, dass die EnBW kaum mehr eine Dividende ausschütten kann, die über die OEW an die Landkreise fließen sollte. Dringend benötigtes Geld, um allfällige Ausgaben - nicht nur im Sozialetat- finanzieren zu können. Der Ausstieg aus der Atomenergie und die Abschaltung aller Atomkraftwerke in den kommenden 10 Jahren lässt den Umsatz der Stromkonzerne drastisch schrumpfen. „OEW stellt sich auf Nullrunden von der EnBW ein“, lautete eine Medien-Schlagzeile vom 24. September 2014 (Focus). Von 60 Millionen Euro noch im Jahr 2010 kann der Konzern EnBW vier Jahre später, 2014, nur noch 25 Millionen Euro an die OEW und damit an die neun oberschwäbischen Landkreise ausschütten. Für diese wird es haushaltspolitisch also sehr schmerzhaft Auswirkungen haben.

„Die SPD im Kreistag setzt auf Angriff und will sich stärker über klare Positionen und inhaltliche Alternativen von der politischen Konkurrenz absetzen“, war am 9. August in der Schwäbischen Zeitung zu lesen. Diesem Vorhaben von Norbert Zeller fügt Dieter Stauber hinzu: „Wenn wir gemeinsam Infrastrukturprojekte wie den Regionalflughafen in FN-Löwental tragen, dann muss auch Geld da sein für soziale Aufgaben.“ 2012 hat dazu der Kreistag im Bodenseekreis nach einer Klausurtagung ein detailliertes Papier „Demografie im Wandel“ verabschiedet, das jetzt scheinbar abgearbeitet und umgesetzt werden soll in den kommenden Jahren. Im Kreistagswahlprogramm 2014 hat die Kreis-SPD am Bodensee noch ein ambitioniertes Ziel formuliert, das bis jetzt nur eine Überschrift darstellt und kein ausgefeiltes Konzept: „Wir wollen den Bodenseekreis zum familienfreundlichsten Landkreis in Baden-Württemberg machen!“ Da wollen sicher die anderen 43 Stadt- und Landkreise im Südwesten nicht nachstehen. Eine andere politische Aufgabe im sozialen Sektor ist die Herausforderung der Inklusion, der Barrierefreiheit, nicht nur im Schulbereich. Die Vereinten Nationen haben bei ihrer neuen Behindertenrechtskonvention von 2009 nicht nur das Schul-

wesen gemeint, wenn es um die Belange und Rechte von behinderten Mitmenschen im Alltag geht. Last not least das nachdrückliche Ringen des Landkreises um mehr dringend benötigte Wohnungen für die Flüchtlinge und Asylbewerber in den 23 Städten und Gemeinden im Bodenseekreis.

Eine andere Thematik hingegen kann als beinahe erledigt und abgehakt gelten, um die man sich jahrzehntelang verkämpft hat, der Fernstraßenbau mit neuen B -31- Umgehungsstraßen in Friedrichshafen, in Überlingen und im Nadelöhr dazwischen, in der Ufergemeinde Hagnau. Hagnau bleibt ein Dauerbrenner in der Planung des Straßenbaus, aber Friedrichshafen-West wird mit dem Spatenstich zu Beginn der Adventszeit heuer in die Bauausführung gehen, wie das Bundesverkehrsministerium im August endgültig zusicherte. Noch genügend bleibt auch im Bahnverkehr zu tun, auf der Südbahn Ulm-Friedrichshafen-Lindau ebenso wie auf der Bodenseegürtelbahn Lindau-Friedrichshafen-Überlingen- Radolfzell-Singen. Auch sonst im öffentlichen Verkehr, bei den Omnibuslinien etc. (Stichwort: Schülerbeförderung) gibt es noch etliche Baustellen. Da hat die neue SPD-Kreistagsfraktion noch viel Arbeit zu leisten in nächster Zeit.

26.10.2014

W.Bernhard

SPD Ailingen veranstaltet Forum zum Freihandelsabkommen

Nach dem Gastredner letztes Jahr, Dr. Heiner Flassbeck, Chefökonom bei der UNO, hat der SPD-Ortsverein in der Häfler Nordstadt, in Ailingen, erneut ein Forum organisiert, diesmal zur aktuellen Debatte um das Freihandelsabkommen Europas mit den USA. Referent war Professor Dr. Harald Klimenta, wissenschaftlicher Berater des BUND und des globalisierungskritischen Attac. www.harald-klimenta.de Sein Fazit vorab: Es ist besser, wenn das Freihandelsabkommen mit den USA ebenso wenig zustande kommt wie die Blaupause, das CETA-Abkommen mit Kanada. Zu viele soziale und ökologische Standards, die wenigstens in Europa noch halbwegs respektiert werden, würden bei einer Ratifizierung von TTIP und CETA durch den Rost fallen.

Die Politik in der Geiselhaft der Konzerne? So sieht es der Experte Klimenta, und er rät der SPD-Basis, genau hinzuschauen, wenn die Partei-oberen in Berlin nur in einem Punkt unnachgiebig sind, in der Streichung des Investitionsschutzes und der Sondergerichtsbarkeit, ansonsten aber alle „Kompromisse“ mit den US-Verhandlungspartnern durchwinken. Ausdrücklich lobt er den österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ), der seinen klaren Standpunkt der Ablehnung des Freihandelsabkommens wiederholt zum Ausdruck gebracht habe.

Vor den rund 30 Zuhörern vorwiegend aus den OV's Fr'hafen, Kluffern und Ailingen konstruiert der Gastredner ein Szenario weitgehender Beseitigung von Handelshemmnissen sozialer und ökologischer Art, ergänzt durch Manipulationen mit Wachstumszahlen. Positive Effekte für die Bevölkerung, für den Verbraucher, den Arbeitnehmer? Fehlannonce. Interessant ist, dass Klimenta eine Studie des IFO-Instituts (Sinn-Studie) zitiert, die die Wachstumsversprechen, verteilt auf 10 Jahre, in Europa sehr stark relativiert. Der freie Markt darf von Regierungen nicht begrenzt werden, so sehen es zumindest die amerikanischen Verhandlungspartner, fast allesamt aus der Industrie und aus Konzernen rekrutiert. Der gebürtige Allgäuer und Autor des Buches „Die Freihandelsfalle“ plädiert statt des Freihandelsabkommens für eine Stärkung der Regionalen Märkte. Warum exportieren die Holländer Käse in die USA, und die USA exportieren ihren Käse nach Holland? Können die Käse-Exporteure diesseits und jenseits des Atlantiks nicht einfach ihre Rezepte austauschen anstatt den Atlantik zu schädigen? Ein Problem sieht Klimenta auch für den Schutz vor Fracking-Bohrungen in Europa, die in einem Abkommen, wenn es zustande kommt, kaum verhindert werden könnten. Die Industrie habe im Gegensatz zu den NGO's in Brüssel, bei der EU-Kommission eine starke Lobby, sodass ein „Staatsstreich in Zeitlupe“ im Kampf der Produzenten gegen die Regierungen bevorstehen könnte. In der anschließenden Diskussion wiesen SPD-Teilnehmer auf die Klarstellungen in dem **Papier des SPD-Bundesvorstandes zum TTIP-Abkommen** hin, welche Punkte nicht verhandelbar seien: bei den Arbeitnehmerrechten, in der kommunalen Daseinsvorsorge, in der Kulturförderung (Buchpreisbindung) und beim Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz.

Das Abkommen mit Kanada(CETA) ist mittlerweile im Internet abrufbar, www.heise.de/tp/artikel/42/42548/1.html. Fortwährende neue Infos gibt der SPD-EU-Abgeordnete Bernd Lange aus Niedersachsen www.bernd-lange.de zu den Freihandelsabkommen heraus.

27.10.2014

W.Bernhard

Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum

KV Bodensee:

Kreisvorstandssitzung SPD Bodenseekreis

Montag, 10.11.2014

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Kreisvorstandssitzung SPD Bodenseekreis

Gasthof Gehrenbergblick (Nebenraum) in FN-Kluftern ...

Adresse: Bahnhofstraße 12, 88048 Friedrichshafen-Kluftern

Telefon:07544-2136

Bahnhof/Haltestelle Zug vorhanden.

Kreisdelegiertenkonferenz mit Martin Gerster (MdB)

Freitag, 21.11.2014

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Markdorf-Ittendorf (Dorfgemeinschaftshaus)

Kreisdelegiertenkonferenz mit Martin Gerster (MdB) zum Thema:

"Menschlich an der Grenze - Für eine Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik im Zeichen der Solidarität!"

Außerdem: Informationen zur Nachbarschaftskampagne

[Die Veranstaltung ist bewirtet.](#)

Ort: 88677 Markdorf-Ittendorf, Rathausplatz 1, Dorfgemeinschaftshaus

Kreisvorstandssitzung mit Kreistagsfraktion

Donnerstag, 11.12.2014

19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Hotel Waldhorn in FN-Manzell

Kreisvorstandssitzung zusammen mit der Kreistagsfraktion

Beratung des Haushaltes 2015 des Bodenseekreises

Am Do. 11.12.2014 ab 19.30 Uhr (zuvor trifft sich die Kreistagsfraktion)

im Hotel Waldhorn in Friedrichshafen-Manzell im Nebenraum.

(Bahnhof Manzell, Bushaltestelle "Manzeller Brücke", an der B 31,

Dornierstraße 2, 88048 Friedrichshafen, Tel. 07541 9570)

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 03.11.2014

19:30 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

50 Jahre SPD Ortsverein Bermatingen

Samstag, 08.11.2014

17:00 Uhr - 21:00 Uhr

Ort: Foyer DGH

OV Deggenhausertal:

Mitgliederversammlung

Donnerstag 04.12.2014

um 19.30 Uhr

Hotel Krone, Roggenbeuren

Tagesordnung:

Bericht aus dem Gemeinderat

Aktuelles aus Land und Bund

Verschiedenes

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind zu allen Veranstaltungen herzlich willkommen.

OV Friedrichshafen:

SPD-Jahresabschlussfeier

Sonntag, 07.12.2014

10:00 Uhr

Ort: Zeppelin Dorfkrug FN

Bei der SPD-Jahresabschlussfeier werden Neumitglieder begrüßt und langjährige Mitglieder geehrt. In weihnachtlicher Atmosphäre gibt es Gedichte mit sozialem Hintergrund und eine Eloge von Jürgen Binder. Zum Höhepunkt der Jahresabschlussfeier werden wir gemeinsam mit dem "SPD-Genossen-Chor" weihnachtliche Lieder singen.

OV Langenargen:

Dreikönigstreffen in Langenargen

Dienstag, 06.01.2015

10:00 Uhr - 13:00 Uhr

Ort: Münzhof Langenargen

**Traditionelles Treffen der SPD in Langenargen
mit Innenminister Reinhold Gall, Bewirtung und
Begleitprogramm**

OV Markdorf:

Do, 13.11.2014

20:00 Uhr

Gasthaus Krone Markdorf

Vorstandssitzung

Infos aus dem Gemeinderat | Aktuelle Themen aus der Stadt

Mitgliederversammlung

Fr. 28.11.2014

19:00 Uhr

Ort: Wird noch bekannt gegeben

Vorstandssitzung

Fr. 12.12.2014

19:00 Uhr

Gasthaus Krone

Jahresabschlussfeier

OV Meersburg:

Donnerstag, 13.11.2014

Stammtisch

Im Truben

Steigstraße

Donnerstag, 27.11.2014

Vorstandssitzung

Ort wird noch bekannt gegeben

SBI:

08.12. 2014

SBI-Vorstandssitzung in Friedrichshafen

Eine gesonderte Einladung wird euch Mitte November zu kommen.

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Die SPD-Kreistagsfraktion kritisiert das Nichterscheinen der CDU-Abgeordneten

Es war ein wichtiger Tag für den Kreis Biberach. **Landrat Dr. Heiko Schmid** wurde nach seiner Wiederwahl im Juli letzten Donnerstag mit einem feierlichen Festakt in seine zweite achtjährige Amtsperiode verpflichtet.

Viele Gäste aus Nah und Fern gaben unserem Landrat die Ehre. Schade, dass die vier Mandatsträger der CDU aus Land, Bund und Europa, allesamt nicht da waren. Dass ein Kommen auch möglich war, zeigte die Anwesenheit der SPD-Mandatsträger **Martin Rivoir** und **Martin Gerster**. Innenminister **Reinhold Gall** (SPD) würdigte zudem in seiner Ansprache die gute Arbeit im Spitzenlandkreis Biberach. Man könnte jetzt mutmaßen, dass die CDU die Niederlage bei der Landratswahl noch nicht verkraftet hat. Es wäre aber ein guter Stil und wichtig für die zukünftige politische Arbeit im Landkreis gewesen, wenn wenigstens ein CDU-Abgeordneter mit seiner Anwesenheit der Verpflichtung von Landrat Dr. Heiko Schmid Respekt gezollt hätte, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Lemli.

10.10.2014

Franz Lemli, Fraktionsvorsitzender Kreis-SPD

Chance, wenn man es „richtig macht“

SPD-Kreistagsfraktion sieht die Zunahme der Flüchtlingsaufnahme auch in unserem Landkreis als eine der wichtigsten Herausforderungen des Landkreises in der nächsten Zeit. Dabei sieht sie diese Herausforderung als Chance, wenn man es „richtig macht“.

Sicherlich stellt die derzeitige und sicherlich auch künftige Zunahme der Flüchtlinge eine enorme Herausforderung für die Gesellschaft, so auch für unseren Landkreis dar. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass diese Entwicklung angesichts der Krisenherde auf dieser Welt nicht „vom Himmel gefallen ist“. Auch dürfen wir uns als Landkreis nicht aus der Verpflichtung einer menschenwürdigeren Unterbringung und Betreuung nehmen, nur weil uns jetzt scheinbar eine „Lawine überrollt“. Der jetzt aktuell prognostizierte Stand an Flüchtlingen in der sogenannten vorläufigen Unterbringung zum Jahresende beträgt nicht einmal 1,4% des Bevölkerungsanteils des Landkreises. Verglichen mit der Problematik in den südeuropäischen Ländern, in denen der Anteil bereits die 10%-Marke überschreitet und im Übrigen eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50% herrscht, eine doch vergleichsweise lösbare Aufgabe, die zudem auch ein Stück Europapolitik darstellt.

Aufklärung ist hier also für die SPD-Fraktion auch das Gebot der Stunde und dazu gehören die Feststellungen: 50% der Menschen, die als Asylbewerber zu uns kommen, erlangen nach dem Abschluss des Asylverfahrens den Status als rechtlich anerkannter Flüchtling – sie bleiben uns also nicht nur auf Dauer erhalten, sie sind mit einem rechtlich anerkannten Grund zu uns gekommen. Sie als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abzuqualifizieren ist menschenunwürdig. Noch einmal 25% der Menschen können aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden. Zudem flüchten gerade „die Besten eines Landes“, weil sie das Vermögen für die Flucht haben und in ihren Heimatländern als „Störenfriede“ verfolgt werden. Deshalb sieht die SPD-Fraktion die aktuelle Zunahme der Flüchtlinge auch nicht als Bedrohung, sondern als Chance den Landkreis im Sinne einer interkulturellen Öffnung voranzubringen.

Die Rahmenbedingungen sind allerdings suboptimal: Es fehlen zunehmend menschenwürdige Unterkünfte, entsprechende Betreuungs- und Integrationskurse und auch die ehrenamtliche Betreuung über die freien Träger (Caritas und Diakonie) kommt an ihre Grenzen. Hier sieht die SPD-Fraktion, neben dem Landkreis, auch den Bund und das Land Baden-Württemberg in der Verpflichtung. Nach wie vor ist das Asylrecht nicht als „Recht“ ausgestattet und dementsprechend mit Leben erfüllt. Ein Skandal ist es zum Beispiel, dass es nun zwar ein Angebot an Deutschkursen auch für Asylbewerber

ber gibt, die aber überwiegend von privaten Stiftungen, wie der Bruno-Frey-Stiftung, bezahlt werden und selbst dieses Angebot wegen überfüllter Kurse oft gar nicht angenommen werden kann. Ebenso unverständlich ist, dass Asylbewerber, die alle arbeiten wollen und sogar eine Arbeitsstelle von der heimischen Wirtschaft angeboten bekommen, erst ein sogenanntes „Marktprüfungsverfahren“ über sich ergehen lassen müssen. Dies schadet also auch unserer Wirtschaft.

Die SPD-Fraktion spricht sich daher auf dieser Basis dafür aus:

Es muss eine Arbeitsgruppe unter der Federführung des Landkreises eingesetzt werden, die sich mit dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung beschäftigt. In dieser Arbeitsgruppe müssen die Städte und Gemeinden des Landkreises sowie die Betroffenenverbände (wie Caritas und Diakonie) vertreten sein. Mit Blick auf die Qualifikation der Menschen sollten aus der Sicht der SPD-Fraktion aber auch die Bildungseinrichtungen, die Agentur für Arbeit sowie die Wirtschaft (Handwerk) gleich von Anfang an eingebunden werden. Wenn man es gut macht, könnte hier auch eine Chance liegen, dem drohenden Fachkräftemangel ein Stück weit entgegenzuwirken.

Die SPD-Fraktion spricht sich bereits heute mit Blick auf die Haushaltsberatungen 2015 dafür aus, mehr qualifiziertes Personal für die Flüchtlingsbetreuung beim Landkreis einzustellen und auch die finanzielle Unterstützung der freien Träger in der Flüchtlingsbetreuung deutlich anzuheben.

Bei der Suche nach geeigneten Unterkünften im Landkreis spricht sich die SPD-Fraktion für eine Abkehr der dezentralen Unterbringung, verteilt über den gesamten Landkreis, aus. Die Menschen, die teilweise hoch traumatisiert zu uns kommen, brauchen die Infrastruktur, wie Schulen, Kindergärten, Sprach- und Integrationskurse sowie ärztliche Betreuung in erreichbarer Stadtnähe, um sich möglichst schnell integrieren zu können. Dies spart im Übrigen auch Geld, da keine teuren Fahrdienste eingerichtet werden müssen.

11.10.2014

Franz Lemli, Fraktionsvorsitzender Kreis-SPD

MdB Gerster und Kolpingjugend Ochsenhausen rufen zu Spenden auf

12.000 Euro Schaden durch Hochwasser

OCHSENHAUSEN/RINGSCHNAIT - Das Zeltlager der Ochsenhausener Kolpingjugend ist am 3. August bei einem Unwetter in Ringschnait durch Hochwasser weggeschwemmt worden. Zusammen mit Kolping startet nun der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** eine Spendenaktion: „Zelte und alles Material sind weg, aber die Kolpingfamilie möchten auch nächstes Jahr wieder ein Zeltlager als Ferienfreizeit anbieten“, sagte er.

Der Sachschaden beläuft sich auf rund 12.000 €. „Gott sei Dank konnten wir die Zeltlagerteilnehmer und uns bei diesem Unwetter rechtzeitig in Sicherheit bringen“, erläuterte Johannes Locher von der Kolpingfamilie Ochsenhausen. Die Zeltlagerteilnehmer seien noch am selbigen Abend wohlauf nach Hause gefahren und das Leiterteam habe inzwischen das entstandene Chaos weitgehend wieder in Ordnung gebracht. „Leider gelang es uns nicht mehr alles, vor allem die Zelte und was sonst noch so auf dem Zeltplatz war, zu retten und rechtzeitig in Sicherheit zu bringen“, bedauerte er. Die reißende Flut der Dürnach im August zerstörte bei der Ochsenhausener Kolpingjugend als teuerste Posten einige große Zelte und einen Gaskühlschrank, was allein drei Viertel der Schadenssumme ausmachte.

Vielfältige Aktionen soll es nun in nächster Zeit geben: **Martin Gerster** wird mit der Kolpingjugend Briefe an Firmen und Banken verschicken sowie auf Veranstaltungen um Spenden werben. Des Weiteren machen die Jugendlichen unter anderem einen Adventskaffee und bewerben sich beim Adventskalender der Kreissparkasse. Man wolle durch die gemeinsame Aktion mit Gerster die verlorene Ausrüstung wiederbeschaffen und so das Zeltlager nächstes Jahr wieder gewährleisten können, so Locher: „Ziel ist ein 34. Zeltlager auch im Jahr 2015!“

Wer sich beteiligen möchte, kann spenden auf das Jugendkonto der Kolpingfamilie Ochsenhausen, IBAN: DE52 6309 0100 0185 6720 00, BIC: ULMVDE66, Volksbank Ulm-Biberach. Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Biberach, 21.10.2014

Wolfgang Heinzel, Bürgerbüro Martin Gerster MdB



Hat das Spendenschwein schon dabei:
Martin Gersters (links) Wahlkreisbüro.

Die Kolpingjugend Ochsenhausen vor MdB

Abgeordnete Gerster und Rivoir:

Die Ortsumfahrung Bad Schussenried- Kleinwinnaden im Zuge der L 284 wird endlich gebaut

Das Land hat die Ortsumfahrung Kleinwinnaden in sein Bauprogramm für die Jahre 2015-16 aufgenommen. „Der 1,2 Kilometer lange Neubau zu Gesamtkosten von 2,8 Millionen Euro entlastet

Mensch und Umwelt im Raum Bad Schussenried von Lärm und Stau. Die Lebensqualität im Teilort Kleinwinnaden wird sich deutlich erhöhen und die Wirtschaft profitiert von einem besseren Verkehrsnetz. Mit dem Landesstraßenbauprogramm setzen wir ein klares Zeichen für den Erhalt und den Ausbau unserer Infrastruktur“, erklären die SPD-Abgeordneten **Martin Gerster MdB** und **Martin Rivoir MdL**. Die Ortsumfahrung wird zudem um einen Rad- und Wirtschaftsweg erweitert, so dass auch Radfahrer in Zukunft komfortabler und sicherer unterwegs sein und landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge dem Verkehr leichter ausweichen können. „Grün-Rot baut das Landesstraßennetz nach nachvollziehbaren und transparenten Kriterien aus. Mit der Praxis Spatenstiche nach willkürlichen parteipolitischen Überlegungen zu setzen haben wir aufgeräumt. Wir stellen sicher, dass dort gebaut wird, wo die Maßnahmen am dringendsten benötigt werden. Damit war klar, dass das Land den hochbelasteten Anwohnern der L 284 in Kleinwinnaden schnell hilft“, so **Gerster** und **Rivoir**. Das Land priorisiert seine Baumaßnahmen danach, wie hoch die Verkehrsbelastung auf einer Strecke ist, ob die Verkehrssicherheit durch einen Ausbau erhöht wird, wie viele Menschen potentiell von Lärm und Stau entlastet werden und berücksichtigt auch Belange der Wirtschaft sowie ökologische Folgen. Gerster und Rivoir zeigen sich optimistisch, dass Oberschwaben auch in den folgenden Jahren von Geld aus dem Landestraßenbauprogramm profitieren kann. „Derzeit sind die Mittel knapper als sie sein müssten, weil die CDU-Regierung ihre Sonderprogramme seit 2009 auf Pump finanziert und die Rückzahlung in die jetzt aktuellen Haushalte verschoben hat. Diese Taschenspielertricks laufen jetzt aber nach und nach aus, so dass bei gleichem Haushaltsansatz künftig real mehr Geld für neue Projekte zur Verfügung stehen wird“, so **Gerster** und **Rivoir**.

Das Landesstraßenbauprogramm 2015-2016 beinhaltet 14 Projekte mit einem Kostenvolumen von circa 54 Millionen Euro, bis 2019 sind es weitere 25 Projekte für rund 73 Millionen Euro.

Biberach, 21.10.2014

Bürgerbüro Martin Gerster, MdB,
Wolfgang Heinzel

„Das Regierungspräsidium Tübingen liegt gut im Zeitplan“

Minister Hermann antwortet Abgeordneten auf Appell zur Südbahn

„Bei den laufenden Planfeststellungsverfahren zur Südbahn macht das Land seine Hausaufgaben“, hat jetzt der badenwürttembergische Verkehrsminister **Winfried Hermann** auf den von **MdB Hilde Mattheis** initiierten Appell von vier südwürttembergischen Bundestagsabgeordneten zur Elektrifizierung der Südbahn geantwortet, „Das Regierungspräsidium Tübingen liegt gut im Zeitplan.“ Das Land habe dort mehr Personal für die Einleitung der baden-württembergischen Planfeststellungsabschnitte abgestellt, um dem Eisenbahnbundesamt noch dieses Jahr die jeweiligen Anhörungsberichte zu übersenden. „Das Land hat seine Hausaufgaben gemacht“, so Hermann. Die in einem früheren Schreiben von Verkehrsstaatssekretär Odenwald dargestellte, für das Land sehr unerfreuliche Entwicklung könne nicht akzeptiert werden. „Ich werde daher das Gespräch mit Herrn Minister Dobrindt MdB suchen“, kündigte der baden-württembergische Verkehrsminister an und bittet die vier Abgeordneten **Hilde Mattheis** und **Martin Gerster** (SPD), **Agnieszka Brugger** (Grüne) und **Annette Groth** (Linke) sich weiter fraktionsübergreifend für die Umsetzung der Maßnahme einzusetzen. „Das Land steht bereit die Hälfte der Kosten zu übernehmen und damit die erste Bauphase zu finanzieren“, stellt Hermann fest. „Der auf das Land entfallende Finanzierungsanteil ist im Haushalt des Landes bereits verankert.“ Er bedankte für den Abgeordnetenappell, denn, „diese Hilfe ist gerade in der gegenwärtigen Phase dringend notwendig“.

Biberach, 24.10.2014

Wolfgang Heinzel
Bürgerbüro Martin Gerster MdB

Anbei die nebenliegende Kopie des Schreibens von Verkehrsminister Winfried Hermann:



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR UND INFRASTRUKTUR
DER MINISTER

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur
Postfach 103452 • 70029 Stuttgart

Frau
Hilde Mattheis MdB
Söflinger Str. 145
89077 Ulm

Stuttgart
Durchwahl 0711 231-5745
Aktenzeichen 34-3824.5-04/11*199
(Bitte bei Antwort angeben!)

Südbahn

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
für Ihr Schreiben vom 11. September 2014 danke ich Ihnen.

Ich freue mich sehr, dass Sie und weitere Bundestagsabgeordnete sich für die Elektrifizierung der Südbahn einsetzen. Diese Hilfe ist gerade in der gegenwärtigen Phase dringend notwendig, wie das Schreiben von Herrn Staatssekretär Odenwald zeigt, das ich Ihnen vor kurzem zugesandt habe. Darin teilt Herr Staatssekretär Odenwald mit, dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen beim Bund für den Baubeginn bei der Südbahn gegenwärtig nicht vorliegen und im Rahmen der Arbeiten zum Bundesverkehrswegeplan 2015 das Vorhaben erneut einer Nutzen-Kosten-Untersuchung unterzogen werden soll.

Auf Ihre Frage zu den laufenden Planfeststellungsverfahren darf ich Ihnen versichern, dass das Land seine Hausaufgaben macht. So wurde beim

15. Okt. 2014

Regierungspräsidium Tübingen die Personalkapazität für die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens verstärkt und ein straffer Zeitplan für die Durchführung des Verfahrens mit dem Ziel erarbeitet, für die vier auf baden-württembergischem Gebiet liegenden Planfeststellungsabschnitte noch in diesem Jahr dem Eisenbahnbundesamt den jeweiligen Anhörungsbericht zu übersenden, um in 2015 Baureife für das Vorhaben zu erlangen.

Nach gegenwärtigem Verfahrensstand liegt das Regierungspräsidium Tübingen gut im Zeitplan. Nachstehend übermittle ich Ihnen den aktuellen Sachstand:

Die Planfeststellungsverfahren für die Elektrifizierung der Südbahn laufen seit Januar 2012:

- **PFA 1:** Für den 1. Abschnitt im Bereich der Stadt Ulm und des Alb-Donaukreises hat das Regierungspräsidium Tübingen das Anhörungsverfahren **abgeschlossen**. Der Anhörungsbericht vom 14. März 2014 wurde am 20. März 2014 an das Eisenbahnbundesamt versandt.

- **PFA 2:** Für den 2. Abschnitt im Bereich des Landkreises Biberach hat das Regierungspräsidium Tübingen das Anhörungsverfahren **abgeschlossen**. Der Anhörungsbericht vom 12. August 2014 wurde am selben Tag an das EBA verschickt.

- **PFA 3:** Für den 3. Abschnitt im Landkreis Ravensburg fand am 30. Juli 2014 die öffentliche Erörterung und am 18. September 2014 ein zusätzlicher Termin zu denkmalrechtlichen Belangen (Eschersteg in Ravensburg) statt. Es ist vorgesehen, **den Anhörungsbericht bis Ende Oktober fertig zu stellen**.

- **PFA 4:** Für den 4. Abschnitt im Bodenseekreis war Fristende für Einwendungen privater Betroffener und Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 6. Juni 2014. Denkmalrechtliche Fragen (Argenbrücke bei Langenargen) wurden am 18.09.2014 besprochen. Der Erörterungstermin ist im Oktober geplant, **der Anhörungsbericht bis Ende November**.

- **PFA 5:** Für den 5. Abschnitt Friedrichshafen - Lindau - Aeschach fand die Auslegung der Unterlagen bis Ende Mai 2014 statt. Informationen finden sich auf der Homepage der Regierung von Schwaben; ein Erörterungstermin ist dort noch nicht bekanntgemacht.

Zu Ihrer weiteren Information: Für die bislang durchgeführten Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI werden Land und Region insgesamt rd. 16 Mio. EURO aufwenden. Diese nicht unwesentliche Vorleistung haben wir in einer schwierigen Haushaltslage erbracht, mit dem Ziel, die Verkehrsqualität auf der Südbahn spürbar zu verbessern. Diese Ausgaben dürfen nicht vergeblich gewesen sein.

Diese im Schreiben von Herrn Staatssekretär Odenwald dargestellte, für das Land sehr unerfreuliche Entwicklung kann nicht akzeptiert werden. Ich werde daher das Gespräch mit Herrn Minister Dobrindt MdB suchen. Ich bitte Sie ebenfalls, sich weiter fraktionsübergreifend für die Umsetzung der Maßnahme einzusetzen. Das Land steht bereit, die notwendige Finanzierungsvereinbarung zu unterzeichnen. Das Land ist weiterhin bereit, die Hälfte der Kosten des Vorhabens zu übernehmen und damit die erste Bauphase zu finanzieren. Der auf das Land entfallende Finanzierungsanteil ist im Haushalt des Landes bereits verankert.

Ich darf Sie bitten, über mein Antwortschreiben auch die weiteren Mitunterzeichner Ihres Schreibens zu informieren. .

Mit freundlichen Grüßen

gez. Winfried Hermann

Hauptstätter Str. 67 • 70178 Stuttgart (VVS: Österreichischer Platz)

- Behindertengerechte Parkplätze vorhanden
Telefon 0711 231-4 • Telefax 0711 231-5899
- poststelle@mvi.bwl.de
- www.mvi.baden-wuerttemberg.de
- www.service-bw.de

SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis

Mattheis trifft Elly-Heuss-Realschüler in Berlin



Foto: Archiv Mattheis
52 Schülerinnen und Schüler der Elly-Heuss-Realschule Ulm und ihre Lehrkräfte trafen in Berlin die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**. „Das politische Interesse wächst, wenn Jugendliche den Bundestag in Berlin und ihre Abgeordnete persönlich kennengelernt haben“, erläuterte Mattheis ihre Einladung der Schüler in die Hauptstadt.

Besonders lebhaft wurde die Diskussion beim Gespräch mit **Hilde Mattheis**, bei dem sie den Jugendlichen Rede und Antwort zu jüngsten politischen Entscheidungen stand. Die Schüler fragten Hilde Mattheis zu ihrer Meinung in der Bildungspolitik, vor allem zu G8 und G9 sowie zur Gemeinschaftsschule. Aber auch die Frage, wo die Abgeordnete in Berlin wohnt und wie sie von dort in den Bundestag kommt, interessierte die Jugendlichen. Zuvor hatten sich die Schüler der 10. Klassen mit einem Imbiss im Besucherrestaurant des Bundestages gestärkt und konnten auch auf der Besuchertribüne des Plenarsaales Platz nehmen. Dort informierten sie sich über die Arbeitsweise des Parlaments und den Ablauf einer Sitzungswoche.

8. Oktober 2014

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Durchbruch für Tariflöhne in der Pflege

Hilde Mattheis, Sprecherin für Gesundheit

Zur 2./3. Lesung des 1. Pflegegesetzes am Freitag erklärt Hilde Mattheis, MdB, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion:

Auf Druck der SPD wird es im aktuellen Pflegegesetz eine Stärkung der Tariflöhne geben. Die SPD hat innerhalb der Verhandlungen mit einem Änderungsvertrag durchgesetzt, dass eine tarifvertraglich vereinbarte Vergütung der Beschäftigten in den Pflegesatz- bzw. Pflegevergütungsverhandlungen der Pflegeeinrichtungen zu berücksichtigen ist. Die Einhaltung der Tarifbindung und die entsprechende Bezahlung des Personals darf nun nicht mehr als unwirtschaftlich gelten.

Darüber hinaus werden stärkere Kontrollen eingeführt, damit der Lohn auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt. Die Kostenträger erhalten das Recht, von den Trägern der Pflegeeinrichtungen Nachweise zu verlangen, dass die finanziellen Mittel auch tatsächlich für die Beschäftigten eingesetzt werden. Zudem wird mit einer neuen gesetzlichen Regelung die Möglichkeit eröffnet, bei Nichteinhaltung

der Tariflöhne durch die Einrichtung, eine Kürzung der Pflegevergütung für die Dauer der Pflichtverletzung herbeizuführen.

„Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, für die Pflegefachkräfte einen Durchbruch zu erzielen“, sagt Mattheis, „Die Stärkung der Tariflöhne ist ein ursozialdemokratisches Anliegen. Dumpinglöhne in der Pflege wollten wir nicht länger akzeptieren. Dafür haben wir jetzt ein starkes Instrument eingesetzt.“ Darüber hinaus enthält das Gesetz zahlreiche Leistungsverbesserungen, die direkt bei den Pflegebedürftigen ankommen werden.

Berlin, 16.10.2014

Hilde Mattheis, SPD, MdB, Sprecherin für Gesundheit

Mattheis fordert mehr Geld für Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge

„Projekte, die sich wie medinetz oder das BFU für die medizinische Versorgung von Flüchtlingen einsetzen, verdienen bessere Unterstützung“, setzte die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** Akzente in der vergangenen Sitzungswoche. Sie fordert eine bessere finanzielle Ausstattung, den Zugang zu Traumatherapien und den Abbau bürokratischer Hürden.

Bei den Haushaltsberatungen im Bundestag setzte sich die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für eine bessere medizinische Versorgung der Flüchtlinge ein. Bislang sei nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen eine ärztliche Behandlung vorgesehen. „In der Praxis bedeutet dies häufig, dass eine ausreichende gesundheitliche Versorgung nicht gewährleistet ist“. In vielen Kommunen gäbe es Projekte, die die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen verbessern. In Ulm bieten bei medinetz Ulm e.V. Medizinstudierende und Fachpersonal Sprechstunden an. Das Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm führt Therapien für traumatisierte Menschen durch. „Um diese Projekte finanziell besser auszustatten, müssen im anstehenden Haushalt 2015 die dafür bereitstehenden Mittel erhöht werden“, forderte Mattheis.

Des Weiteren seien bürokratische Hürden abzubauen, um eine schnellere und einfachere Gesundheitsversorgung von Flüchtlinge zu erreichen. Insbesondere die Therapien im psychosozialen Bereich müssten zugänglich gemacht werden, da Geflüchtete oftmals traumatisiert durch Erlebnisse in ihren Heimatländern in Deutschland ankommen. Darüber hinaus müsse die Situation der mehr als 6000 unbegleiteten Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden.

20. Oktober 2014

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Bund unterstützt Ulmer Jugendhilfe

Ulm ist eine von neun baden-württembergischen Städten und Landkreisen, die Gelder aus dem neuen Modellprogramm „Jugend stärken im Quartier“ des Bundes erhalten können. „Ulm wurde in den Kreis der Kommunen mit förderfähigen Konzepten aufgenommen“, teilte die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** mit.

Unterstützt werden Hilfsangebote für junge Menschen, die soziale Benachteiligungen und individuelle Beeinträchtigungen beim Übergang von der Schule in den Beruf überwinden. Die beiden SPD-geführten Bundesministerien, die für Jugend und für Soziale Stadt zuständig sind, haben 200 Träger der öffentlichen Jugendhilfe ausgewählt, die Mittel des Europäischen Sozialfonds beantragen können. „Diese Fördergelder sind ein wichtiger Erfolg für die soziale Stadtentwicklung und die passgenaue Förderung junger Menschen“, freute sich Mattheis, dass das kurzfristig eintreffende Konzept der Stadt Ulm überzeugen konnte.

Zum 1. Januar 2015 solle mit der Umsetzung vor Ort gestartet werden, damit junge Menschen möglichst schnell von dem Programm profitieren können. Insgesamt stehen für das neue Programm nach jetzigem Planungsstand 190 Mio. € ESF-Mittel für die gesamte ESF-Förderperiode 2014 bis 2020 zur Verfügung.

28.10.2014

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

SPD Bayern
SPD Unterbezirk Lindau

Ein Nachruf für Hermann Dorf Müller, SPD Lindau

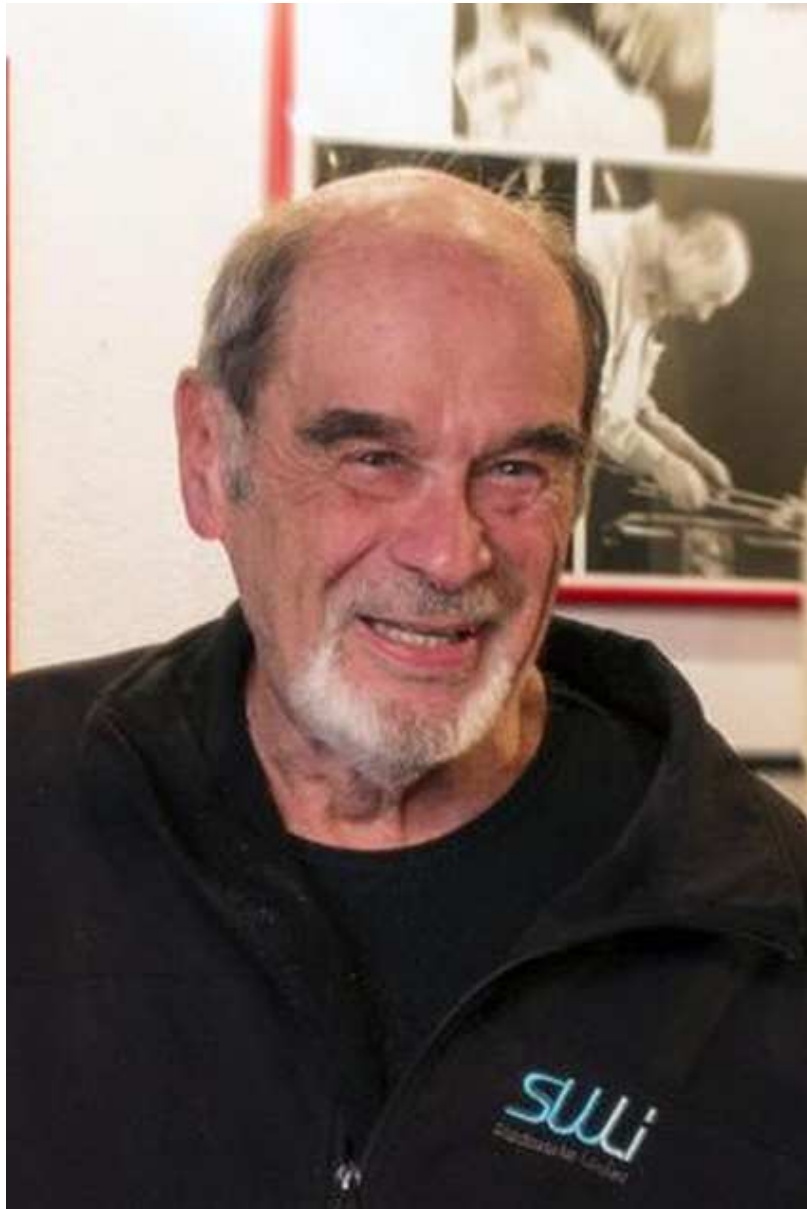
Das Leben wendet sich manchmal auf eine Weise, die man nicht mehr begreifen kann. Da hat der Verfasser dieser Zeilen sich noch per E-Mail an **Hermann Dorf Müller** gewandt, ebenso wie an andere Sozialdemokraten im bayerischen Allgäu, mit der Bitte, Wolfgang Kreissl-Dörfler zu kontaktieren, bis Juni 2014 bayrischer SPD-Abgeordneter im EU-Parlament. Der erfahrene Europapolitiker sollte bei dem aktuellen Parteitag der SP im Kanton St. Gallen für die deutsche SPD reden: zu den Konsequenzen des Schweizer Referendums „zur Begrenzung der Masseneinwanderung“ vom 9. Februar 2014. Vier Wochen vorher hat er noch mit Hermann Dörflinger geplaudert, im Rahmen der Verleihung des „Sozialistenhutes“ im Löwensaal in Lindenberg. Und dann macht plötzlich die Nachricht von seinem nicht erwarteten Lebensende am 14. Oktober (mit 75 Jahren) die Runde. Vor Weihnachten, am 19. Dezember, wäre er 76 Jahre alt geworden.

Man hat fast 25 Jahre in der SBI mit ihm zusammengearbeitet. Bis in die letzten Wochen vor seinem überraschenden Tod in Bonn hat Hermann noch Unterlagen geliefert für den aktuellen Geschäftsbericht der Bodenseeinternationale (SBI) für die Jahre 2011 bis 2014. Und dem Lindauer Jazzclub wollte er als Vorsitzender zur Seite stehen, nachdem er nach 25 Jahren seine Mitgliedschaft beim Vorstand der Bodenseeinternationale im Juni 2014 beendet hatte. Hermann Dorf Müller war viele Jahre SPD-Stadt- und Kreisrat in Lindau, Hauptschullehrer, Träger des „Sozialistenhutes“ und des Bundesverdienstkreuzes sowie einer Ehren-Medaille der Lindauer Partnerstadt Chelles in Frankreich für seine Verdienste um den deutsch-französischen Jugendaustausch.

Überhaupt hielt sich Hermann gerne zusammen mit seiner Familie in Südfrankreich auf und betätigte sich als Aquarellmaler und als Fan der Jazzmusik. Bis zuletzt engagierte sich Hermann Dorf Müller auch als Kreisvorsitzender der überparteilichen „Europa-Union“ und pflegte einen regen Kontakt zu der Europabewegung in der polnischen Stadt Belchatow. Von dort kamen seit etlichen Jahren jedes Jahr Abordnungen von Schullehrer /innen an den Bodensee, die – wohlorganisiert von Hermann - meist in Bregenz übernachteten und sich aufmachten zu zahlreichen Begegnungen in beispielhaften Schulen in Vorarlberg, im Allgäu oder sonst im nahen Voralpenraum. Der Verfasser dieser Zeilen nahm selbst einmal an einer Polenreise mit Hermann und der Europaunion teil und unterstützte ihn beim Programm für den Aufenthalt der polnischen Gäste am Bodensee.

Ihm war die Idee der Völkerverständigung und eines geeinten Europas stets ein wichtiges Anliegen, besonders eines friedlichen Europas, was er in seiner Ansprache anlässlich des Ostermontags-Rundgangs 2014 quer durch die Inselstadt Lindau brillant zum Ausdruck brachte.

Bereits 1967 hat ihn der Weg in die SPD geführt, fasziniert und begeistert durch Willy Brandt. Zusammen mit Leo Wiedemann, dem SPD-„Urgestein“ von Lindenberg im Allgäu, organisierte Hermann zahlreiche Juso-Initiativen in Wahlkämpfen, sehr zum Ärger der CSU-Honoratioren in damaligen Zeitläuften. Dank Hermann Dorf Müller gab es in Lindau seit 1973 das Jugendzentrum Scheune und seit 1968 das „Republikanische Forum Lindau“. Und beinahe wäre er auch noch SPD-Abgeordneter im EU-Parlament geworden, wenn nicht die rechtsradikalen Republikaner 1989 genügend Stimmen für Straßburg erhalten hätten. Von 1979 bis 1989 war Hermann Dorf Müller SPD-Kreisvorsitzender im Kreis Lindau, von 1972 bis 2008 Mitglied des Kreistages und in diesen Jahren auch des Lindauer Stadtparlaments, dem jetzt seine Tochter Katrin, Rechtsanwältin, angehört. Etwas geärgert hat ihn, dass Vorschläge von ihm zur Verleihung des „Prix Wasserfrau“ aus Lindau für beispielhafte Projekte zur Frauen-Gleichstellung bei der Jury keinen Anklang gefunden hatten. Andererseits organisierte er im Lindauer Hafen eine Protestaktion von Rollstuhlfahrern, die auf den Bodenseeschiffen sowohl technisch als auch bei den Fahrtkosten (für die Begleitpersonen) nicht besonders wertgeschätzt sind, obwohl die neue UN-Behinderten-Rechtskon-



vention seit 2009 diesbezüglich mehr Barrierefreiheit und Kostentransparenz vorschreibt.

Wie viele Schiffe auf dem See haben eigene Aufzüge für geh- und sehbehinderte Fahrgäste? Diesbezügliche Verbesserungen waren Hermann in den letzten Jahren ein großes Anliegen.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Vierländerregion am Bodensee trauern um ihren langjährigen Lindauer Parteifreund und politischen Weggefährten Hermann Dorfmueller und nehmen in tiefem Mitgefühl für seine Angehörigen und in Dankbarkeit Abschied von ihm. Wirklich tot ist ein Mensch erst dann, wenn sich niemand mehr an ihn erinnert. Hermann soll ebenso wie sein politisches Vermächtnis nicht vergessen werden.

20.10.2014

W.Bernhard

Foto:

Auflösungen von Seite 5

3. Marcus Tullius Cicero

* 106 v. Chr. † 43 v. Chr. - römischer Politiker, Anwalt, Schriftsteller und Philosoph, der berühmteste Redner Roms und Konsul im Jahr 63 v. Chr. Für die Niederschlagung der Verschwörung des Catilina und die daraus resultierende vorläufige Rettung der Republik ehrte ihn der Senat mit dem Titel pater patriae (Vater des Vaterlandes).

Während der Bürgerkriege und der Diktatur Gaius Julius Caesars trat Cicero immer wieder für eine Rückkehr zur traditionellen republikanischen Verfassungsform und Herrschaftsausübung ein. In seiner politischen Praxis zeigte er eine Flexibilität, die ihm den Vorwurf des Opportunismus und der Prinzipienlosigkeit eingetragen hat und deren Bewertung in der Forschung weiterhin umstritten ist. Nach der Ermordung Caesars 44 v. Chr. wurde Cicero von den Triumvirn Antonius, Octavianus (Augustus) und Lepidus auf die Proskriptionsliste gesetzt und 43 v. Chr. auf der Flucht ermordet.

SBI – Sozialistische Bodensee-Internationale

Sozialistische Bodensee-Internationale (SBI)

- gegr. 1902 in Bregenz

SPÖ Vorarlberg- SP Ostschweizer Kantone - SPD-Kreisverbände in der Seeregion FSG Vorarlberg und nahestehende Gewerkschaften

N a c h r u f

für den überraschend verstorbenen Hermann Dorf Müller, Lindau

Das Präsidium und die Vorstandsmitglieder im Bündnis der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI), dem Verbund der sozialdemokratischen Regionalparteien und nahestehenden Gewerkschaften in der Vierländerregion am Bodensee, haben mit tiefer Bestürzung und Anteilnahme die Nachricht vom plötzlichen Ableben des Lindauer Sozialdemokraten und früheren Gemeinderats- und Kreistagsmitglieds **Hermann Dorf Müller** aufgenommen.

Der engagierte Lehrer gehörte über 25 Jahre selbst dem Vorstand der SBI an und setzte sich mit großer Tatkraft für europapolitische Impulse und für die Lösung regionaler Aufgaben in der grenzüberschreitenden Bodenseeregion an. So war ihm eine größere Barrierefreiheit für körperbehinderte Fahrgäste auf den Kursschiffen der Bodenseeschiffsbetriebe (BSB) und eine bessere Kostentransparenz für Rollstuhlfahrer und ihre Begleitpersonen ein großes Anliegen.

„Wir haben mit Hermann Dorf Müller einen tatkräftigen Weggefährten und politischen Kameraden verloren, der sich stets zu dem hohen Wert internationaler Begegnungen und Diskussionen bekannt hat“, sagte Fredi Alder, der Vizepräsident und frühere SP-Nationalrat der Bodensee-Internationale aus Rorschach.

Der Verstorbene pflegte als Vorsitzender der überparteilichen Europaunion im Kreis Lindau jahrelang enge Kontakte zu dem Verband der polnischen Europabewegung, die mit einer Abordnung jedes Jahr für einige Tage zu Begegnungen und Gesprächen an den Bodensee reiste.

Hermann Dorf Müller ist 76 Jahre alt geworden. Vor vier Wochen hat er, selbst Träger des Lindenberger „Sozialistenhutes“, an der festlichen Verleihung dieser Auszeichnung an die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft teilgenommen. Die Bodensee-Internationale teilt mit der Familie Dorf Müller den Schmerz und nimmt mit großer Anteilnahme und Dank für seine vielfältigen Verdienste Abschied von Hermann Dorf Müller.

16. Oktober 2014

wb

Mit freundlichen Grüßen

Sozialistische Bodenseeinternationale (SBI)
Vorstandsmitglied in der SBI und Medienreferat

Willi Bernhard, SPD Meckenbeuren
Tel. 07542/20349

Interpellationen für die Rheinaufweitungen

Die ersten Aufweitungen des Alpenrheins am Unterlauf (RHESI) sowie am Oberlauf (Bad Ragaz-Maienfeld) sind in Planung und sollen dem Patienten Alpenrhein rasche Besserung bringen. Auf dem schweizerisch-lichtensteinischen Abschnitt hapert es noch.

„Der Alpenrhein ist heute im Wesentlichen ein gebändigter, unnatürlicher Kanal.“ So beginnen zwei ähnlich lautende Interpellationen, die eine ist an den Schweizer Bundesrat gerichtet, die andere an die liechtensteinische Landesregierung. Die Interpellantinnen – Nationalrätin Claudia Friedl (SP) in der Schweiz und die Freie Liste in Liechtenstein – weisen darauf hin, dass das Entwicklungskonzept Alpenrhein 19 Aufweitungen vorsieht. Dieses Konzept wurde nicht nur von den Kantonen unterzeichnet, sondern auch von den nationalen Stellen in Bern, Wien und Vaduz.

Ein revitalisierter Alpenrhein bietet der Bevölkerung sehr bedeutende Erholungsgebiete, wo Kinder spielen und stressgeplagte Menschen sich erholen können. Die vorgesehenen Aufweitungen des Alpenrheins verbessern

aber auch die Lebensbedingungen von bedrohten Tier- und Pflanzenarten. So profitieren die Wanderfische Nasen oder die vom Bodensee zur Fortpflanzung in den Alpenrhein aufsteigenden Felchen und auch die Seeforellen von Lebensraumaufwertungen. Auch die Rote Liste-Pflanzen Kleiner Rohrkolben und Deutsche Tamariske profitieren von breiten Abschnitten, wo das Flussbett oft umgelagert wird und ein Mosaik aus Sand- und Kiesbänken entstehen lässt.



Nationalrätin Claudia Friedl (Schweiz) und Landtagsabgeordnete Helen Konzett Bargetze (Liechtenstein) (v. l.) stossen mit einem Rotwein aus dem Alpenrheintal auf die beiden Interpellationen für eine ökologischere Zukunft des Rheins an.

In den beiden Interpellationen wird bemängelt, dass auf der schweizerisch-liechtensteinischen Strecke keine konkreten Planungsschritte für die vorgesehenen Aufweitungen erkennbar seien. Demgegenüber gebe es auf der schweizerisch-österreichischen Strecke sowie in Bad Ragaz-Maienfeld schon sehr konkrete Planungen.

Die Regierungen werden deshalb angefragt, ob sie sich für die Verbesserung der Lebensräume und ökologischen Bedingungen für die erwähnten bedrohten Arten einsetzen. Ausserdem möchten die Interpellantinnen wissen, ob die beiden Regierungen einen schweizerisch-liechtensteinischen Staatsvertrag für sinnvoll halten, um die Planung und Umsetzung von Flussaufweitungen sicherzustellen und die Finanzierung und den Unterhalt zu koordinieren.

8. Oktober 2014

Schweiz:

Liechtenstein:

Kontakt:

Claudia Friedl, Nationalrätin, claudia.friedl@parl.ch, 079 771 90 79

Helen Konzett Bargetze, Landtagsabgeordnete,

Helen.Konzettbargetze@landtag.li, +423 787 11 37





Beide Fotos: Visualisierungen von Aufweitungen am Alpenrhein

Fotos und Interpellationstexte:

Fotos von der Präsentation der beiden Interpellationen und von Visualisierungen der Alpenrhein-Aufweitungen:

www.dropbox.com/sh/vc0zn5yv6yju7g8/AAQF9oufr8QjY7T5JLDFCa?dl=0

Bitte **Copyright-Angaben** für die Visualisierungen **unbedingt** beachten.

Interpellation Claudia Friedl (Schweiz):

www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143732#

Interpellation Freie Liste (Liechtenstein):

http://landtaglive.gmgnet.li/files/medienarchiv/Staatsvertrag_fuer_den_oekologischen_Zustand_des_Alpenrheins.pdf

Zwei Trauerfeiern am gleichen Tag für:

Norbert Neururer (SPÖ)
und
Hermann Dorf Müller (SPD)

Gleich von zwei profilierten Sozialdemokraten hat die Bodenseeinternationale (SBI) kürzlich Abschied nehmen müssen. Die Trauerfeiern fanden am gleichen Tag statt, am frühen Morgen in Bregenz, am Nachmittag dann in Lindau. In der Pfarrkirche Mariahilf in Bregenz-Vorkloster fanden sich neben der Familie Neururer auch einige prominente SPÖ-Politiker/innen aus Vorarlberg ein, um an dem Trauergottesdienst für **Norbert Neururer** teilzunehmen. Auch der Schweizer Genosse **Fredi Alder** aus Rorschach vom Präsidium der SBI war aus diesem Anlass nach Bregenz angereist. Der Verfasser dieser Zeilen kannte den Verstorbenen noch von gemeinsamen SBI-Sitzungen in den 90-er Jahren. Er war nach seinem Lehramtsstudium in Innsbruck (nach dem Kriegsende) nur kurze Zeit praktizierender Schulmeister, weil er die Tätigkeit eines Berufsberaters beim damaligen Arbeitsamt Vorarlberg übernommen hatte und später sogar Leiter dieser Behörde geworden war (1970). Ihm wurde der Ehrentitel „Professor“ für seine Ver-

dienste um den Naturschutz und um den Ausbau des Sozial- und Gesundheitswesens im Ländle 1982 verliehen. Bei der Trauerfeier würdigten der Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart, der Geschäftsführer des heutigen Arbeitsmarktservice (AMS) Vorarlberg, Strini und Michael Ritsch, der heutige Vorsitzende der SPÖ Vorarlberg und Clubobmann des SPÖ-Trios im Bregenzer Landtag, die Persönlichkeit und das vorbildliche Wirken des Verstorbenen. Er war 1952 der Partei beigetreten, mit 26 Jahren. 1965 wurde er zum Mitglied im Bregenzer Stadtparlament gewählt, von 1969 bis 1980 gehörte Norbert Neururer dem Vorarlberger Landtag an. Nach dem überraschenden Tod des in Bregenz hochgeschätzten sozialdemokratischen Bürgermeisters Fritz Mayer hatte er für zwei Jahre das Amt des Bregenzer Stadtoberhauptes übernommen, von 1988 bis 1990. In der Stadt am Pfänder hat es seit dem Kriegsende bis heute also nur zwei „rote“ Bürgermeister gegeben. 1946 war er auch Vorarlberger Landesmeister in der Leichtathletik, im 5000-Meter-Lauf. Er ist am 11. Oktober im Alter von 88 Jahren gestorben. Michael Ritsch würdigte seine Grund-Ehrlichkeit, seine Volksnähe und seine ausgeprägte soziale Ader, wenn es galt, für Menschen ohne Einfluss und ohne Beziehungen zur Obrigkeit Erleichterungen und sozial ausgleichende Lösungen herbeizuführen. Bei ihm sei die oft verwendete Formel „Nah bei den Menschen“ auf keinen Fall nur eine blutleere Floskel gewesen. Michael Ritsch verdankt Norbert Neururer auch den Einstieg in die Bregenzer Stadtpolitik vor 25 Jahren und somit auch den Aufstieg zu seiner heutigen Position in der Ländle-SPÖ.

Nach einem kurzen Imbiss im „Bayrischen Hof“ in Lindau machte sich die SBI-Delegation dann auf den Weg zum Stadtfriedhof in Lindau-Aeschach, wo in einer vollkommen überfüllten Aussegnungshalle um 13 Uhr die evangelische Trauerfeier für den prominenten Lindauer Sozialdemokraten **Hermann Dorf Müller** begann. Für die einfühlsame musikalische Begleitung sorgten zwei Repräsentanten des Lindauer Jazzclubs am Klavier und mit dem Saxophon, einem Wunsch des Verstorbenen entsprechend. Oberbürgermeister Gerhard Ecker, Uwe Birk, Barbara Krämer-Kubas, der Rektor der Hauptschule Lindau-Reutin, an der Hermann jahrzehntelang Schule gehalten hat, und ein enger Freund der Familie, brachten ihre Trauer und Bestürzung angesichts des plötzlichen Abschieds von dem 75 Jahre alt gewordenen Freund und Kameraden und Lindauer Stadtpolitiker zum Aus-

druck. Gewürdigt worden sind seine Verdienste um die europäische Völkerverständigung und sein persönliches Engagement beim deutsch-französischen Jugendaustausch in früheren Jahrzehnten. Hermann Dorf Müller ist in der französischen Stadt Chelles auch zum „Ehrenbürger“ ernannt worden.

Bis zuletzt war er auch Vorstandsmitglied der Sozialistischen Bodenseer-Internationale (SBI), erklärte Fredi Alder vom SBI-Präsidium in seinem Grusswort an die Trauergemeinde, und erinnerte an sein „grenzüberschreitendes Engagement“ auch in den sozialen und verkehrlichen Belangen der Bodenseeregion. Anlässlich eines SPD-Europafestes in Lindau hatte Hermann eine Demonstration von Rollstuhlfahrern organisiert, um so auf die unzureichend realisierte Barrierefreiheit auf den Bodensee-Schiffen aufmerksam zu machen. Hermann Dorf Müller wurde in den 80er Jahren das Bundesverdienstkreuz und der Lindenberger „Sozialistenhut“ verliehen. Er war mehr als 30 Jahre lang Mitglied des Lindauer Stadtparlaments und des Kreisparlaments im Landkreis Lindau-Lindenberg.

Über eine Stunde mussten die letzten Besucher/innen der Trauerfeier warten, bis sie am Urnengrab von Hermann persönlich Abschied nehmen konnten, mit einem runden Kieselstein oder mit einer roten Nelke. Sie brachten zugleich ihr tief empfundenes Mitgefühl für die Angehörigen zum Ausdruck, der Gattin Gudrun und den Töchtern Katrin und Juliane mit ihren Familien.

26.10.2014

W. Bernhard



Der „neue politische Stil“ von Schwarz/Grün

„Nußbaumer abgesägt, Sonderegger versorgt“

„Es gibt wohl einen neuen Stil der Grünen, seit die neuen Posten winken. Denn anders ist es nicht zu erklären, dass sie, die Grünen, eine derartige Rochade an der Spitze des Landtagspräsidiums akzeptieren, eine verdienstvolle Landtagspräsidentin mit absägen und einer Person, die mit Parlamentarismus in Vorarlberg nur wenig am Hut hat, das Vertrauen schenken“, übt die stellvertretende Vorsitzende des SPÖ-Landtagsclubs LAbg. **Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger** heftige Kritik an der Demontage von Gabriele Nußbaumer.

Auch die designierte Frauenlandesrätin der Grünen Katharina Wiesflecker scheint kein Problem damit zu haben, wie man mit Frauen umspringt, wenn Männer Macht und ein gutes Einkommen wollen. Damit geht auch die einzige Legislaturperiode in Vorarlberg zu Ende, in der eine Frau dem Landtag als Präsidentin vorgestanden hat.

Bei allen politischen Differenzen, die es mit Gabriele Nußbaumer gegeben habe, müsse man ihr aber zugestehen, dass sie versucht habe, den Landtag mit Würde nach außen zu vertreten. Dass sie nun das schwarz/grüne Bauernopfer werde, sei unverständlich. Zudem wechsele mit Harald Sonderegger eine Person an die Spitze des Landtags, die bisher mit dem Landtag nichts am Hut hatte. Dazu Gabi Sprickler-Falschlunger: „Harald Sonderegger war lange Zeit Bürgermeister und Gemeindeverbandspräsident. Danach eben Mitglied der Landesregierung. Harald Sonderegger war keine fünf Minuten Mitglied des Vorarlberger Landtages und wird nun Landtagspräsident.“

Die stellvertretende Clubvorsitzende der SPÖ richtet abschließend einen Appell an die zukünftigen Grünen Landtagsabgeordneten: „Ich rufe die Grünen

Landtagsabgeordneten auf, ihre Stimme zu erheben und dem Wahlvorschlag der ÖVP nicht zuzustimmen. Ich bin mir bewusst, dass diese Stimmen zwar ungültig sind, ein Zeichen wäre aber dennoch gesetzt.“

07.10.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

Nichts Neues im Westen

Angekündigtes "ambitionierte" Programm von Schwarz-Grün ist nichts anderes als Verschriftlichung der ÖVP-Politik der letzten fünf Jahre

„Wie den Presseunterlagen von ÖVP und Grünen allerdings zu entnehmen ist, handelt es sich bei der Koalitionsvereinbarung mehr oder weniger um eine Fortführung der ÖVP-Politik der letzten fünf Jahre. Mit dem einzigen Unterschied, dass diese Politik jetzt verschriftlicht worden ist“, meinte SPÖ-Clubobmann **Michael Ritsch** in einer ersten Reaktion zu den Vorhaben von Schwarz-Grün.

Es sei ja nett, dass man sich zu einer Beibehaltung der Wohnbeihilfe und zu einer Bauleistung von 500 gemeinnützigen Wohnungen pro Jahr bekenne. Nur wäre dies auch ohne eine grüne Regierungsbeteiligung geschehen. Dazu Michael Ritsch: „Ich lese nur Begriffe, wie Evaluierung, Prüfung, Weiterentwicklung, weiterhin konsequente Umsetzung, Fortführung usw. usf. Viel Neues gibt es aber nicht.“

Interessant ist für den SPÖ-Clubobmann allerdings das Thema Verkehr, bei dem die Grünen alle ihre Vorsätze über Bord geworfen haben. So habe man zwar angekündigt, den ÖPNV zu verbessern und das Radwegenetz auszubauen. Dies wäre aber auch ohne Grüne Regierungsbeteiligung geschehen: „In Sachen Straßenbau folgen die Grünen aber eins zu eins der ÖVP – es wird eine Autobahnanschlussstelle Rheintal Mittel geben, die Tunnelspinne in Feldkirch kommt, die S-18-Nachfolge kommt, die S-16 wird weiter ausgebaut und man arbeitet an Straßenentlastungen für Bludenz und Lorüns. Ein Großteil davon wird unsererseits unterstützt, maßgeblich ist allerdings, dass die Grünen immer vehement gegen diese Infrastrukturprojekte waren und sie nun mit unterstützen“, so **Michael Ritsch**.

Vor diesem doch recht enttäuschenden Hintergrund kündigt der SPÖ-Clubobmann ein weiteres Mal an, gemeinsame Anliegen von Rot und Grün im Landtag zu thematisieren und meint abschließend: „Wir werden sehen, ob sich die Grünen nun endgültig einschwärzen haben lassen oder ob doch noch ein Rest an eigenen Vorstellungen vorhanden ist.“

07.10.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

Mogelpackung gemeinsame Schule

Wallners Klarstellung, wonach es nur einen kleinräumigen Versuch bei der gemeinsamen Schule gebe, ist sinnentleert“

„Eines ist klar – einen Schulversuch zur gemeinsamen Schule beispielsweise nur im Bregenzerwald zu machen, in welchem es nicht einmal eine Unterstufe der AHS gibt, macht keinen Sinn. Dann kann man es gleich lassen, da es nichts anderes als eine Mogelpackung ist“, reagiert SPÖ-Bildungssprecherin LAbg. **Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger** auf die Klarstellung des Landeshauptmannes, wonach es keinen flächendeckenden Schulversuch zur gemeinsamen Schule geben werde.

Im schwarz-grünen Koalitionsübereinkommen heißt es: „Auf dieser Grundlage entwickelt die Landesregierung nach Abschluss des Forschungsprojektes ab Mai 2015 einen Vorschlag für einen regionalen Schulversuch „Gemeinsame Schule“ und ersucht die Bundesregierung, diesen zu ermöglichen“. Dass mit dieser Formulierung nicht das ganze Bundesland Vorarlberg, sondern unsinnigerweise nur ein Bezirk oder eine Talschaft gemeint sein könnte, habe sich niemand, der mit der Materie befasst ist, vorstellen können.

In diesem Zusammenhang erinnert die SPÖ-Bildungssprecherin an die Haltung Katharina Wiesfleckers als Bildungssprecherin der Grünen. Denn auch sie meinte, ein derartiger Schulversuch mache nur dann Sinn, wenn das ganze Land flächendeckend mit eingebunden würde.

Würde Wallners Ankündigung in die Tat umgesetzt werden, könnten es sich wieder einmal jene richten, die mobil sind und genügend Geld haben. Dazu Gabi Sprickler-Falschlunger: „Selbst wenn der ganze Bezirk Bludenz als Modellregion ausgewählt würde, wäre eine ‚Schülerflucht‘ in andere Bezir-

ke zu befürchten. Schließlich kann man weder Eltern noch Kinder dazu zwingen, den Bezirk nicht zu verlassen.“

08.10.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

Wir betrauern den Tod des HR Prof. Mag. Norbert Neururer



Foto: SPÖ Vorarlberg

Altbürgermeister der Landeshauptstadt Bregenz Träger des Silbernen Ehrenzeichens des Landes Vorarlberg und des Ehrenringes der Stadt Bregenz

Norbert Neururer wurde am 11. Oktober im 89. Lebensjahr von den Mühen des Alters erlöst. Sein Leben war geprägt von der Liebe zu seiner Familie und hohem Verantwortungsbewusstsein im politischen Handeln. Norbert Neururer war über 60 Jahre Mitglied der SPÖ und in zahlreichen tragenden Funktionen tätig. Das Wohl seiner Mitmenschen stand immer im Mittelpunkt.

Mit Norbert verlieren wir nicht nur einen überzeugten und engagierten Sozialdemokraten, sondern auch ein Vorbild und einen guten Freund. Unsere Anteilnahme gilt im Besonderen seinen beiden Töchtern Ingrid und Birgit und deren Familien.

Im Namen der SPÖ Vorarlberg und des SPÖ-Landtagsklubs

Michael Ritsch, Landesvorsitzender

Reinhold Einwallner, Landesgeschäftsführer

Vorarlbergs soziale Kraft

14.10.2014

SPÖ nimmt Arbeit im Landtag auf

Elchtest für Schwarz-Grün

Erhöhung des Heizkostenzuschusses – Zuschuss an Energiepreise anpassen
Aufgrund der Tatsache, der Heizkostenzuschuss des Landes Vorarlberg bereits die siebte Heizperiode in Folge nicht angepasst wurde, fordern wir erneut eine Erhöhung dieses Zuschusses auf 300 Euro.

Nachdem es bei der Auszahlung des Heizkostenzuschusses auch unter Berücksichtigung der Härteklausele immer wieder zu sozialen Härtefällen gekommen ist bzw. eine komplette Ablehnung aufgrund geringfügiger Einkommensüberschreitungen in zahlreichen Fällen als sehr ungerecht empfunden wurde, hat die SPÖ außerdem die Einführung einer Staffelung vorgeschlagen.

Die SPÖ hat bereits im Vorjahr einen entsprechenden Antrag an den Vorarlberger Landtag gerichtet, der alleinig von der ÖVP abgelehnt wurde. Grüne und FPÖ haben damals unserem Antrag zugestimmt. Da dieses Anliegen der SPÖ jedoch sehr wichtig ist, bringen wir diese Forderung erneut ein, um zu sehen, ob die Grünen bei ihrer bisherigen Haltung bleiben oder ihre Vorsätze nunmehr über Bord werfen.

Vereinfachung der Gemeindewahl: Zwei Wahlen, zwei Stimmzettel

Nachdem der komplizierte Stimmzettel bei den Gemeindewahlen 2010 zu großem Unmut geführt hat, fordern wir erneut die Änderung des Stimmzettels. Aufgrund der hohen Anzahl an ungültigen Stimmen ist offensichtlich, dass dies an der Gestaltung des Stimmzettels liegt. Denn es ist nicht für alle eindeutig erkennbar, dass es sich hier um zwei voneinander unabhängige Wahlen handelt.

Viele BürgerInnen sind sich nicht bewusst, dass etwa der Bürgermeister unabhängig von der jeweiligen Partei gewählt werden kann. So kommt es zu zahlreichen Fällen, in denen die WählerInnen zu einer Entscheidung ge-

drängt werden, die sie bei zwei unabhängigen Stimmzetteln oftmals anders treffen würden.

Davon abgesehen musste auch festgestellt werden, dass die Auszählmodalitäten zu kompliziert, aufwändig und zeitraubend sind. Dies deshalb, weil zum einen die Stimmzettel je nach Anzahl der Parteien und WahlwerberInnen recht groß und unhandlich sein können, und zum anderen beide Wahlen auf ein und demselben Stimmzettel stattfinden.

Die SPÖ fordert deshalb zwei separate Stimmzettel bei den Gemeindewahlen, damit Partei und Bürgermeister unabhängig voneinander gewählt werden können.

Die ÖVP hat im Jahr 2010 bereits einen entsprechenden Antrag der Opposition abgelehnt. Die SPÖ ist gespannt, wie die schwarz-grüne Regierung dieses Mal argumentiert. Zumal die Klubchefs von FPÖ, Grünen und SPÖ im vergangenen Jahr per Handschlag vereinbart haben, diesem Antrag auf jeden Fall wieder zuzustimmen – ganz egal wer ab Herbst 2014 in der Regierung sitzt.

Kinderbetreuung für Armutsgefährdete kostenfrei stellen

Über die Tatsache, dass Erwerbstätigkeit die beste Vorsorge gegen Armut ist, herrscht weitgehender politischer Konsens. Dabei sind vorwiegend Frauen davon betroffen, Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung unter einen Hut bringen zu müssen. Das zeigt der hohe Anteil an teilzeitbeschäftigten Frauen. Nur einzelne Männer sind bereit, in ihrem Beruf über Jahre zu Gunsten der Kinderbetreuung zurückzustecken und damit den beruflichen Aufstieg oder eine geringere Pension zu riskieren. Für alleinerziehende Frauen stellt sich diese Frage nicht. Sie müssen, schon um ihren Unterhalt bestreiten zu können, möglichst Vollzeit arbeiten.

Ein von der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion erarbeiteter Vergleich in Bezug auf die Kinderbetreuungskosten zeigt, dass es in Vorarlberg erhebliche Schwankungen gibt.

So bezahlt beispielsweise eine alleinerziehende Mutter mit einem Einkommen von 1.450,- Euro brutto und Alimenten in der Höhe von 400,- Euro für ein vierjähriges Kind in einem Kindergarten mit ganztägiger Betreuung in der Gemeinde Wolfurt 346,- Euro pro Monat. In Bludenz hingegen nur 135,20 Euro. In Hörbranz 108,- Euro. Über ein ganzes Jahr gerechnet be-

zahlt man für ein Kind in Wolfurt somit fast 3.000,- Euro mehr als in Hörbranz! Das ist in keinster Weise nachvollziehbar und argumentierbar.

Vereinheitlichung der Förderrichtlinien

Darüber hinaus muss angemerkt werden, dass jede Gemeinde eigene Förderrichtlinien (soziale Staffelung etc.) hat. Dieser Förderdschungel muss endgültig vereinheitlicht werden.

Erster von weiteren Schritten in Richtung kostenfreier Kinderbetreuung

Unseres Erachtens ist es dringend notwendig, in Sachen Kinderbetreuungskosten konkrete Schritte zu setzen. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion ist daher der Ansicht, dass die Betreuung für Kinder bis 6 Jahre in Zukunft elternbeitragsfrei sein muss. In einem ersten Schritt muss dafür Sorge getra- en werden, dass zumindest für armutsgefährdete Familien die Kinderbetreuung elternbeitragsfrei sein muss.

Als Richtlinie für die Bemessung der Armutsgefährdung bzw. die Kostenreistellung der Kinderbetreuung könnten dabei die von der Vorarlberger Armutskonferenz in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer erarbeiteten Referenzbudgets dienen.

Demnach hat ein Einpersonenhaushalt monatliche Mindestausgaben von € 1.326,-, eine alleinerziehende Person mit 1 Kind € 1.955,-, ein Paar mit 2 Kindern € 3.191,- und ein Paar mit 3 Kindern € 3.69,-. Die Vorarlberger Mindestsicherung liegt einschließlich ergänzender Leistungen durchgängig darunter: Bei einem Einzelhaushalt um 11 Prozent, bei Haushalten mit Kindern sogar zwischen 18 und 22 Prozent.

17.10.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

„Erhöhung des Heizkostenzuschusses ist schwarz-grüne Augenauswischerei“

Erhöhung entspricht nicht gesteigerten Lebenshaltungskosten

Dass die schwarz-grüne Landesregierung in ihrer ersten Regierungssitzung eine langjährige Forderung der SPÖ betreffend der Erhöhung des Heizkostenzuschusses zum Thema gemacht hat, freut SPÖ-Clubobmann **Michael**

Ritsch zwar, dennoch bezeichnet er diesen Beschluss der Regierung als Augenauswischerei.

„Die Erhöhung um 20 Euro ist zwar eine nette Geste, doch wenn man bedenkt, dass der Lebenshaltungskostenindex von September 2008 bis September 2014 um 12 Prozent gestiegen, die Anpassung des Heizkostenzuschusses hingegen um nur 8 Prozent erfolgt ist, bleibt unterm Strich ein Minus“, so SPÖ-Sozialsprecher Michael Ritsch. „Hinzu kommt, dass die durchschnittlichen Energiekosten von Juli 2010 bis Juli 2013 ebenfalls um ca. 17 Prozent gestiegen sind“, ergänzt **Michael Ritsch**.

Die minimalistische Erhöhung der Einkommensgrenzen hat lt. Michael Ritsch ebenfalls nur symbolischen Wert. So werde beispielsweise die Anhebung der Einkommensgrenzen für eine allein lebende Person um 19 Euro, in den meisten Fällen durch die ebenfalls leicht gestiegenen Löhne wieder aufgehoben. Schlussendlich fallen dadurch wieder viele aus dem Bemessungsschema heraus. Auch die Erhöhung der Bemessungsgrundlage für ein im Haushalt lebendes Kind um sagenhafte 3 Euro, findet Michael Ritsch geradezu lächerlich.

Der SPÖ-Sprecher für Soziales fordert daher einmal mehr die spürbare Erhöhung des Heizkostenzuschusses auf 300 Euro sowie eine gerechtere Bemessungsgrundlage durch die Einführung einer Einkommensstaffelung. Seiner Ansicht nach hält sich der bürokratische Aufwand auch mit einer Staffelung in Grenzen, denn ein Einkommensnachweis muss vom Antragsteller ohnehin erbracht werden. Mit dem einzigen Unterschied, dass dieser mit Einkommensstaffelung bei geringfügiger Abweichung nicht gleich komplett leer ausgeht, sondern eventuell einfach einen geringeren Heizkostenzuschuss ausbezahlt bekommt.

Michael Ritsch erinnert vor allem auch Neo-Regierungsmitglied Johannes Rauch daran, dass er noch im Frühsommer 2014 als Oppositionspolitiker gemeint habe, es sei doch ein Witz, dass die ÖVP dieser Erhöhung um 50 Euro nicht zustimmen wolle. Jetzt halte er offensichtlich ebenfalls nichts mehr davon.

22.10.2014

Vorarlbergs soziale Kraft



Asyl-Bundesgelder:

SP für Klarheit und Transparenz

Die SP begrüsst den öffentlichen Druck auf mehr Transparenz im St.Galler Asylwesen. Sie hält die jetzige Organisationsform über die Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidenten für überholt und fordert stattdessen, dass die Aufgaben im Asylwesen durch eine öffentlich-rechtliche Anstalt erledigt werden. Nur so können die Aufgaben und die Rechnung klar und offen geführt werden.

In der St.Galler Sonntagspresse wurden die Überschüsse der Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidenten aus dem Geschäft im Asylwesen thematisiert. Die SP des Kantons St.Gallen begrüsst diese Öffentlichkeit sehr. 31 Mio. Franken Bundesgelder hatte die Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidenten (VSGP) für ihre Leistungen im Jahr 2013 vom Bund erhalten. Die Gewinne aus den überwiesenen, zweckgebundenen Bundesgeldern waren in den letzten Jahren im interkantonalen Vergleich hoch. – Die Transparenz insbesondere gegenüber dem St.Galler Kantonsrat dafür tief.

Dass dank des neuen Öffentlichkeitsgesetzes nun auch Einzelpersonen Einsicht in die Rechnung der VSGP fordern können, ist aus Sicht der SP ein grosser Sprung nach vorne. Die ist dank des Öffentlichkeitsgesetzes möglich geworden, welches die SP SG im Kantonsrat von Anfang an unterstützt hat. „Es ist nur sehr schwer nachvollziehbar“, sagt SPPäsidentin Monika Simmler rückblickend, „dass die VSGP bislang die Verwendung der Bundesgelder nicht offen legen musste.“ SP-PolitikerInnen haben immer wieder, letztmals vor Jahresfrist, mehr Transparenz und Klarheit bei den Finanzströmen ins Asylwesen gefordert, wie Simmler betont.

Für die SP SG ist ebenfalls seit langem klar, dass die aktuelle Trägerschaft nicht den heutigen Anforderungen an die Transparenz entspricht. „Es braucht eine öffentlich-rechtliche Anstalt für diese sensible Tätigkeit“, so Monika Simmler, SP-Parteipräsidentin. „Mit der Schaffung einer solchen öffentlich-rechtlichen Anstalt wären nämlich auch verbesserte Transparenzvorschriften verbunden.“

St. Gallen, 20. Oktober 2014

Weitere Auskünfte:

- Monika Simmler, Parteipräsidentin der SP Kanton St. Gallen
- Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär

6 Mal Ja zu starken öffentlichen Spitälern

Die SP des Kantons St.Gallen fasste an einem ausserordentlichen Parteitag in der Gallusstadt gestern Abend die Parolen für die kommenden Abstimmungen. Rund 80 Delegierte sprachen sich einstimmig für die sechs Spitalvorlagen aus. Sie sagen ebenso einstimmig Ja zur Initiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Nein sagen die Delegierten zu Ecopop und zur Gold-Initiative.

360 Tage vor dem Wahlsonntag vom 18. Oktober 2015 rief Parteipräsidentin Monika Simmler die SP-Delegierten in einer feurigen Rede zu einem engagierten Wahlkampf auf: „Wir kämpfen dafür, dass es in diesem Land allen gut geht – und nicht nur ein paar wenigen. Wir kämpfen für gute Löhne und Renten, für einen starken Service Public – ob etwa in Form von Spitälern oder und guten Schulen – und wir kämpfen gegen die Abschottung und gegen die Privilegierung der reichen Elite.“

Die St.Galler SozialdemokratInnen sprachen sich gestern Abend in der Kellerbühne einstimmig für die Spitalvorlage aus: 930 Mio. Fr. wollen Regierung und Kantonsrat in die Infrastruktur der öffentlichen Spitälern investieren. „Viel Geld“, sagte Heidi Hanselmann, die St.Galler Gesundheitsdirektorin und SP-Regierungsrätin. „Viel Geld – für das wir aber auch viel bekommen.“ In einem engagierten Referat umriss sie die Eckpunkte der Spitalstrategie, betonte insbesondere die Netzwerkstrategie und das in den letzten Jahren erstellte, komplexe und fein eingestellte Räderwerk. Die St.Galler Stimmbevölkerung wird am 30. November über 6 Finanzierungs-

vorlagen abstimmen; Hanselmann betonte, dass die sechs Vorlagen zusammenhängen und gemeinsam die Netzwerkstrategie in modernen Spitalbauten umsetze.



Bildlegende: Diskussion über Europa und die Schweiz:

v. l. SP-Nationalrätin Claudia Friedl, Gottfried Christmann (Gewerkschaftssekretär DGB, SPD Baden-Württemberg), Moderator Samuel Brülisauer (JUSO-Co-Präsident) und Reinhold Einwallner (SPÖ Vorarlberg, Landtagsabgeordneter, Geschäftsführer SPÖ Vorarlberg)

Foto: SP SG

Sechsmal Ja aus allen St.Galler Regionen

Nach der SP-Regierungsrätin sprachen sich GenossInnen aus allen acht Regionen des Kantons für sechsmal Ja zu allen Spitalvorlagen aus.

Des Weiteren fassten die Delegierten am Donnerstagabend die Parolen für die nationalen Abstimmungsvorlagen vom 30. November. Einstimmig sagen sie Ja zur Abschaffung der Pauschalsteuer. Schon 2008 hatte der Kanton SG eine Standesinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung eingereicht.

2010 hatte die SP SG eine eigene, kantonale Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer lanciert; fast genau zwei Jahre ist es her, seit die St.Galler StimmbürgerInnen diese mit 51.9% annahmen. Da St.Gallen gleichzeitig Ja zum Gegenvorschlag und in der Stichfrage für den Gegenvorschlag votierten, ging die kantonale Pauschalsteuerabschaffung damals verloren. Es gibt also starke Kräfte im Kanton, die für die Abschaffung sind.

Europapodium mit SP-Nationalrätin Claudia Friedl

In einem Podiumsgespräch zum Verhältnis der Schweiz zu Europa, zu den Folgen der Masseneinwanderungsinitiative und zum Ostschweizer Arbeitsmarkt sprach sich Claudia Friedl für die Auslotung aller Verhandlungsmöglichkeiten mit der EU aus. Zum Podium lud die SP SG den Gewerkschaftssekretär Gottfried Christmann aus Ravensburg und Reinhold Einwallner, Vorarlberger Landtagsabgeordneter und SPÖ Geschäftsführer.

St. Gallen, 24. Oktober 2014

Weitere Auskünfte:

- **Monika Simmler, Parteipräsidentin der SP Kanton St. Gallen**
- **Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär**

Regierung steckt Kopf in den Sand

Das Komitee „Zukunft statt Abbau“ ist enttäuscht über die Stellungnahme der Regierung zur Steuergerechtigkeitsinitiative. Wie übers Wochenende bekannt wurde, lehnt die St.Galler Regierung die kantonale Initiative zur Einführung einer leichten Progression bei der Vermögenssteuer ohne Gegenvorschlag ab.

Für die Mitglieder im Komitee „Zukunft statt Abbau“, für SP, Grüne und Gewerkschaften, steht damit fest: Die Umverteilung von unten nach oben wird weitergehen. Im vergangenen Winter und Frühling hatte das Komitee knapp 6200 Unterschriften für mehr Steuergerechtigkeit im Kanton St.Gallen gesammelt: Die Steuerbelastung auf grosse und grösste Vermögen müssen in den Augen von SP, Grünen und Gewerkschaften progressiv ausgestaltet werden. Das Nettovermögen soll nicht länger flat mit 1,7 Promille zu versteuern sein. Nettovermögen über 1 Mio. Franken müssten bei einer Annahme der Initiative mit 2 Promille, diejenigen über 2 Mio. neu mit 3 Promille versteuert werden. Dies hätte für den Kantonshaushalt Mehreinnahmen von

27,6 Mio. und für die Gemeinden 36,7 Mio. Franken zur Folge. Damit trügen die hohen und höchsten Vermögen einen verkraftbaren Beitrag an die Sanierung der Haushalte von Kanton und Gemeinden bei.

Zweifelhafte Treue zur gescheiterten Steuerstrategie

Allein, davon will die St.Galler Regierung nichts wissen. Monika Simmler, SP-Präsident im Kanton St.Gallen: „Die Regierung sieht im Gegenteil ihre Steuerstrategie der letzten Jahre in Gefahr. Eine Steuerstrategie, die freilich nichts als Steuersenkungen und Service-Public-Abbau mit sich gebracht hat. Eine Steuerstrategie, die die Umverteilung von unten nach oben kultiviert.“ Das Mitleid der Regierung mit den Reichsten ist aus Sicht des Komitees „Zukunft statt Abbau“ völlig fehl am Platz. Mit dem Beitrag dieser Klasse der Geschonten soll der Kanton einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Armen und den Reichen pflegen: Das Komitee sieht genügend Verwendungsmöglichkeiten für den gerechten Anteil der Vermögenden etwa in der Bildung, wo die Chancengleichheit immer stärker unter Druck gerät und in der Gesundheit, wo die individuellen Prämienverbilligungen Opfer der bürgerlichen Sparpolitik sind.

St. Gallen, 27. Oktober 2014

Weitere Auskünfte:

- **Monika Simmler, Parteipräsidentin der SP Kanton St. Gallen**
- **Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär**

Kanton Thurgau:



Nicht nur am Gotthard mehr Sicherheit auf der Strasse

Eine Allianz von 40 Organisationen sammelt Unterschriften zum Referendum gegen einen zweiten Gotthardstrassen-tunnel. Der Aufwand für die Sicherheit auf der Strasse muss in der ganzen Schweiz erhöht werden und nicht nur am Gotthard mit zwiespältigen Massnahmen.

Unfallschutz mit falscher Priorität

Dem Bund war die Unfallsicherheit noch nie so wichtig wie am Gotthard mit dem zweiten Strassentunnel. Kein anderer Schweizer Tunnel hat Pannestreifen wie am Gotthard geplant. Vor zwei Jahren hat der Bund das Sicherheitskonzept „Via sicura“ bewilligt, nachdem es zwölf Jahre lang von den Strassenverkehrsverbänden bekämpft und verwässert wurde. Die Unfälle auf der Strasse verursachen in der Schweiz insgesamt Kosten von etwa 5'000 Millionen Franken pro Jahr. Nur 6 Prozent dieser Kosten werden mit dem Konzept „Via sicura“ aufgewendet, um die schweren Personenschäden und die gewaltigen Sachschäden des Strassenverkehrs zu bekämpfen. In der Schweiz registriert die Polizei jährlich über 50'000 Strassenunfälle. Im bestehenden Gotthardtunnel sind es 10 Unfälle. Damit sind die Mehrkosten von über 3000 Millionen Franken für den geplanten Tunnel in den nächsten 50 Jahren nicht zu rechtfertigen.

Schwere Unfälle effizienter verhüten

In den letzten 10 Jahren sind im Gotthardtunnel 6 Personen tödlich verunfallt und in der ganzen Schweiz etwa 4000 Personen. Die vielen, schweren Unfälle können und müssen ausserorts auf zweispurigen Strassen mit grossem Gegenverkehr verhindert werden durch dröhnende Mittelstreifen, ver-

senkbare Mittelplanken, tiefere Geschwindigkeiten oder andere Massnahmen wie die zügige Einführung von „Autopiloten“ – vor allem an Lastwagen. Am Gotthard genügen ein paar Prozent der Kosten für den geplanten Tunnel, um die Sicherheit im bestehenden Tunnel markant zu verbessern. Das gesparte Bundesgeld kann an anderen Orten viel mehr schwere Unfälle verhüten.

Wer zu diesem umstrittenen und wichtigen Projekt eine breite, öffentliche Diskussion befürwortet, muss bis Mitte Dezember 2014 das Referendum unterschreiben. Dann hat das Schweizer Stimmvolk das letzte Wort. Das dafür notwendige Formular ist auf der Homepage www.vcs-tg.ch aufgeschaltet oder bei den anderen 40 Schweizer Organisationen erhältlich, welche den zweiten Gotthardstrassentunnel bekämpfen.

Sektion Thurgau des VCS Verkehrsclub der Schweiz

27.10.2014

Weitere Auskünfte:

Peter Wildberger Tel. 052 720 8689

Wolfgang Schreier Tel. 071 688 28 37

SP Kanton Appenzell Innerrhoden



Jugendparlament in Herisau

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) will mehr Demokratie. Die Einbindung junger Kräfte in demokratische Gestaltungsprozesse ist einer ihrer Schwerpunkte, zu dem sie im kommenden Jahr konkrete Schritte ausarbeitet.

Politik geht alle etwas an. Deshalb weist die SP AI politisch interessierte Jugendliche auf die Session des Jugendparlamentes St. Gallen Appenzell vom Samstag, 8. November in Herisau hin. Diese Jugendsession bietet Gelegenheit zu einem Austausch über aktuelle politische Themen. Weitere Informationen und das Anmeldeformular sind unter www.jupasg.ch erhältlich.

Appenzell, 31. Oktober 2014

SP AI

Kontakt:

Martin Pfister, Präsident

Dani Wiedmer, Co-Parteisekretär

079 713 74 84

info@sp-ai.ch

DL21**FORUM DEMOKRATISCHE LINKE**
DIE LINKE IN DER SPD.

Für eine neue SPD-Linke!

Die SPD-Linke hat in den letzten Jahren sehr wesentlich dafür gesorgt, dass wichtige sozialdemokratische Ziele und Vorhaben zu Teilen des Regierungsprogramms, folgend auch des Koalitionsvertrages und teilweise schon Gesetz wurden. Die Linke in der SPD hat diese Ziele und Vorhaben vielfach schon vertreten, als sie noch lange nicht sozialdemokratischer Mainstream waren. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Wir haben maßgeblich dazu beigetragen, den Gerechtigkeitsgedanken wieder ins Zentrum unserer Politik zu rücken.

Dafür braucht die SPD-Linke die offene und vor allem solidarische Diskussion über die Weiterentwicklung der SPD und ihrer Politik. Um linke Politik in der SPD durchsetzen zu können - und damit Perspektiven jenseits einer Großen Koalition zu schaffen - brauchen wir eine handlungsfähige, innovative und vor allem geschlossene sowie koordinationsbereite Parteilinke:

- Die Linke, die wir wollen, berät und entwickelt progressive Reformperspektiven für die gesamte Mitgliedschaft der SPD.
- Die Linke, die wir wollen, diskutiert in solidarischer Form die schwierigen Herausforderungen der Tagespolitik mit dem Ziel gemeinsamen Handelns.
- Die Linke, die wir wollen, führt den offenen Diskurs mit der linken Parteibasis über die Anforderungen von Parlaments- und Regierungsarbeit.
- Die Linke, die wir wollen, führt das respekt- und vertrauensvolle Gespräch miteinander sowie gegenüber Repräsentantinnen und Repräsentanten unserer Strömung.
- Die Linke, die wir wollen, ist kompromissfähig und konsensfähig mit den anderen Teilen der SPD.

Dafür muss sich die SPD-Parteilinke jetzt neu und gut organisieren! Wir laden daher alle linken Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein zur Vernetzung ihrer Arbeit für eine mehrheitsfähige Volkspartei SPD.

Dabei wollen wir die Fäden wieder aufnehmen, die früher im „Frankfurter Kreis“ geknüpft worden sind, und uns für alle aus der Partei offen treffen und austauschen, um unsere inhaltlich-programmatischen Vorstellungen für eine Neue Parteilinke zu diskutieren.

Zu einem ersten Treffen laden wir am 14. und 15. November nach Magdeburg ein.

UnterzeichnerInnen:

Niels Annen, MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands

Bärbel Bas, MdB, Vorsitzende des SPD-Landesparteirats NRW

Björn Böhning, Leiter der Berliner Senatskanzlei

Katrin Budde Niels Annen, MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands

Bärbel Bas, MdB, Vorsitzende des SPD-Landesparteirats NRW

Björn Böhning, MdL, Landesvorsitzende SPD Sachsen-Anhalt, Mitglied des SPD-Parteivorstands

Philipp Dees, Mitglied im SPD-Landesvorstand Bayern

Mario Domann-Käse, Bremen

Arno Gottschalk, MdB

Ernesto Harder, Vorsitzender der SPD Bonn

Sebastian Hartmann, MdB, Vorsitzender der SPD Rhein-Sieg

Marc Herter, MdL, stv. SPD-Landesvorsitzender NRW

Oliver Kaczmarek, MdB, Mitglied im SPD-Landesvorstand NRW

Veith Lemmen, Vorsitzender der Jusos NRW

Nadja Lüders, MdL, NRW

Gerd Markus, Bremen

Angela Marquardt, Berlin

Matthias Miersch, MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands

Hilde Mattheis, MdB, stv. Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg

Dietmar Nietan, MdB, Schatzmeister der SPD

Ernst-Wilhelm Rahe, MdL, NRW

Sönke Rix, MdB, Vorsitzender des SPD-Landesparteirats SH

Sarah Ryglewski, MdB

Axel Schäfer, MdB, Mitglied im SPD-Landesvorstand NRW
Karl Schultheis, MdL, Nordrhein-Westfalen
Joachim Schuster, MdEP
Carsten Sieling, MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands
Ralf Stegner, MdL, stv. Bundesvorsitzender der SPD, Landesvorsitzender SPD
Schleswig-Holstein
Veit Swoboda, Berlin
Kerstin Tack, MdB
Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende
Sascha Vogt, Mitglied des SPD-Parteivorstands
Falk Wagner, Vorsitzender der Jusos Bremen
Gesa Wessolowski, Bremen
Lars Winter, MdL, Schleswig-Holstein

Treffen der SPD-Linken am 14./15.11. in Magdeburg Freitag, 14.11.2014

| | |
|-------------|--|
| 18.00 Uhr | Abendessen (kostenfrei) |
| 18.30 Uhr | Begrüßung Katrin Budde (SPD-Landesvorsitzende Sachsen-Anhalt) |
| 19.00 Uhr | „Grundsatzfragen der Sozialdemokratie 2020“ Thorsten Schäfer-Gümbel (stv. SPD-Vorsitzender) Impuls und Diskussion |
| kurze Pause | |
| 20.30 Uhr | Zukünftige gemeinsame Arbeit in der SPD-Linken |
| 22.00 Uhr | Tagesende |

Samstag, 14.11.

09.00 Uhr **Foren zu linken Reformprojekten**

- 1. Zukunft der Arbeit**
- 2. Wirtschaftskompetenz von links**
- 3. Rechtsstaat im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit**
- 4. Herausforderungen linker Friedenspolitik**

10.30 Uhr **„Linke Politik in der SPD – Aufgaben und Herausforderungen bis 2017“**

Abschlusspanel mit - Ralf Stegner
- Johanna Uekermann

- Andrea Nahles
- Carsten Sieling

Moderation: Sascha Vogt
20.10.2014

Hilde Mattheis, MdB
Vorsitzende Forum DL21

Organisatorisches und Hinweise zu Übernachtungsmöglichkeiten

Tagungsort und Anfahrt:

Die Tagung findet statt vom 14.11., 18 Uhr – 15.11.2014 13 Uhr im KONGRESS & KULTURWERK-fichte (Fichtestraße 29A, 39112 Magdeburg)

Weitere Infos zum Tagungsort einschl. Anfahrt sind unter <http://kulturwerk-fichte.de/kontakt/> zu finden

Anmeldung:

Eine Anmeldung ist erforderlich!

Interessierte SPD-Mitglieder können sich anmelden unter Angabe ihres Namens, ihrer Adresse und ihrer E-Mailadresse unter lv.sachsen-anhalt@spd.de bzw. telefonisch unter 0391/536560.

Anmeldeschluss ist der 7. November 2014.

Die Teilnahme ist kostenfrei, zum Abendessen gibt es Suppe für alle.

Unterkunft:

Der SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt hat für die Veranstaltung Zimmer im Intercity-Hotel am Bahnhof in Magdeburg kontingentiert. Sie sind günstiger als es die Direktbuchung im Hotel wäre.

Das Hotel ist direkt am Bahnhof und 3,5 km Autostrecke vom Veranstaltungsort entfernt. Per ÖPNV erreicht man den Veranstaltungsort in 20 Minuten. Mit der Straßenbahnlinie 1 ab Haltestelle „City Carré/Hauptbahnhof“ bis Haltestelle „Westringbrücke“. Fahrtzeit 9 Minuten und 10 Minuten Fußweg.

Der Preis pro Zimmer versteht sich inkl. der kostenfreien Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in Magdeburg.

Serie:

Integration

Programm der EU für Lebenslanges Lernen:

Projekt:

„Bildung und Partizipation – Stärkung der Demokratie“

Unterprogramm: GRUNDTVIG, Lernpartnerschaften

Teilnehmer am Projekt waren die nachstehend aufgeführten Organisationen

Name der Organisation:

- 1. Alevitische Kulturgemeinde e.V. – Ravensburg, D**
Vertreten durch: Hasan Gazi Ögütçü
- 2. Bicir Köyü Kültür Turizm ve Dayanisma Derneği – Malatya, TR**
Vertreten durch: Hüseyin Sahin
- 3. Alevitisches Kulturzentrum Ostschweiz – St.Gallen, CH**
Vertreten durch: Mevlüt Bitnel
- 4. Association Culturelle des Alevis de Strasbourg – Strasbourg, F**
Vertreten durch: Zeki Kizilgöz

BESCHREIBUNG VON PARTNER NR. 1:

In Deutschland leben ca. 800 000 Aleviten. Der Verein "Alevitische Gemeinde Ravensburg e.V." wurde im Jahr 1991 gegründet. Die Gemeinde berät Aleviten, Migrant*innen und Flüchtlinge die im Raum Oberschwaben

leben. Zu den Zielgruppen gehören u. a. Kinder, Jugendliche, junge Mütter und Seniorinnen und Senioren.

Zu den Aktivitäten des Vereins gehören u. a.

- Familienberatung - Aufklärung der Mütter über das Schulsystem – Frauengesprächskreise
- Berufsberatung für Jugendliche - Musikunterricht für Kinder und Erwachsene
- Saz-Kurse für Kinder und Erwachsene – Theaterkurse - Folklorekurse für Kinder und Erwachsene
- Nachhilfekurse in Deutsch, Mathe und Englisch - Computerkurse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene - Seminare und Fortbildungen – Hilfe bei sozialen Notlagen (Unterstützung der Angehörigen z. B. bei Todesfällen) - Krankenhausbesuche

Der Verein hat gute Kooperationsbeziehungen zu lokalen und regionalen Universitäten, Stadtverwaltungen und Schulen hat 2012 den Alevitischen Religionsunterricht in den Grundschulen eingeführt.

BESCHREIBUNG VON PARTNER NR. 2:

In der Türkei leben schätzungsweise 20 Millionen Menschen alevitischen Glaubens. Der Verein "Bicir Köyü Kültür Turizm ve Dayanisma Derneği" hat sich zum Ziel gesetzt, insbesondere die Landbevölkerung mit verschiedenen Beratungs- und Bildungsangeboten zu unterstützen. Der Landbevölkerung stehen nicht viele Bildungsangebote zur Verfügung. Insbesondere ist die Situation der Mütter, die zum Teil analphabetisch sind, problematisch.

- Der Verein bietet Beratung und informelle Bildungsangebote für
- Mütter zu den Themen Erziehung und Bildungsförderung der Kinder – Landfrauen, zu den Themen
 - Probleme die mit dem Leben auf dem Land verbunden mit der Entwicklung zielgerichteter Bildungsangebote - Förderung der Gesundheit im ländlichen Raum - Alphabetisierungskurse
 - Kurse über den Anbau von Aprikosenbäumen.

BESCHREIBUNG VON PARTNER NR. 3:

Wahrscheinlich leben 25000 – 35000 Alevitinnen und Aleviten in der Schweiz. Der Verein "Alevitisches Kulturzentrum" befindet sich in der

Ostschweiz. Über 1/5 der EinwohnerInnen in dieser Region sind Migranten und/ oder Flüchtlinge.

Die Bildungsaktivitäten des Vereins setzen sich wie folgt zusammen:

- Deutschkurse – Computerkurse - Hausaufgabenhilfe für Primarschüler
- Kochen und Nähen

(Periodenweise) - Gitarre und Saz Unterricht – Volkstanz - Theater

Der Verein führt auf Wunsch der Mitglieder Seminare und Veranstaltungen zu verschiedenen Themen durch wie z.B. zu den Themen:

- Aids und Drogen-Prävention – Berufsberatung - Unterstützung und Beratung bei Steuererklärungen

Der Verein bietet auch Unterstützung bei Übersetzungsarbeiten an.

BESCHREIBUNG VON PARTNER NR. 4:

Der Verein "Association Culturelle des Alevistes Strasbourg" betreut Bürgerinnen und Bürger alevitischen Glaubens in der Region Straßburg/Alsace. Seine informellen und nonformalen Bildungsangebote befinden sich schwerpunktmäßig in den Bereichen:

- Sprachunterricht für die Mütter – Familienbildungsberatung – Berufsberatung für Jugendliche
- Frauengesprächskreise - Musik-Unterricht – Nachhilfe-Unterricht für die Kinder der Migranten und Flüchtlinge – Tanzunterricht – Theater – Frauengesprächskreise - Betreuung und Beratung der Kleinunternehmen (Inhaber türkischer Herkunft) in Straßburg und Umgebung - Wissenschaftliches Symposium

ZUSAMMENFASSUNG:

Viele Beratungs- und Bildungsinstitutionen beklagen Zugangsprobleme zu den Migranten und darüber, dass sie trotz attraktiver Angebote ihre Einrichtungen nicht besuchen. Stattdessen treffen sich viele Migranten in ihren Selbstorganisationen und/oder religiösen Gemeinden. Alevitische Gemeinden beraten ihre Mitglieder und bieten Bildungsangebote in fast allen europäischen Ländern an. Sie sind in der Erwachsenenbildung tätig und leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration ihrer Mitglieder in die jeweiligen Gesellschaften. In diesen Vereinen schlummert ein hohes

Integrationspotenzial, die den Menschen und ihren Gesellschaften zugute kommt.

Die Lernpartnerschaft beschäftigt sich mit der Weiterbildung und Professionalisierung der Schlüsselpersonen und Lernenden in ihren Gemeinden und dem besseren Zugang von MigrantInnen zu Beratungs- und Bildungsinstitutionen im Aufnahmeland. Informelle und non-formale Lern- und Beratungsangebote insbesondere im Bereich der Familienbildung sollten in Zusammenarbeit mit Experten und entsprechenden Fachstellen der Erwachsenenbildung qualitativ verbessert werden. Zudem soll die Brückenfunktion der alevitischen Gemeinden als Mittler zu entsprechenden Fachstellen/Bildungseinrichtungen ausgebaut werden. Parallel dazu will die Lernpartnerschaft Informationen über Bildungsarbeit in alevitischen Gemeinden erstellen und verbreiten, um Vorurteilen entgegenzuwirken und positive Kooperationsbeziehungen zu intensivieren. Ein wichtiges Ziel der Lernpartnerschaft ist es, Mitgliedern alevitischer Vereine den Zugang zum europäischen Bildungsprogramm *Lebenslanges Lernen* zu ermöglichen. Der Rahmen der Lernpartnerschaft sollte genutzt werden, um sich auf europäischer Ebene auszutauschen, voneinander zu lernen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

BEGRÜNDUNG:

Das Alevitentum ist eine humanistische, naturverbundene, tolerante, welt-offene Glaubenslehre. Aleviten stehen für Glaubensfreiheit, Einhaltung der Menschenrechte und Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft. Der Glaube der Aleviten ist stark vom Humanismus und Universalismus bestimmt. Im Zentrum ihres Glaubens steht der Mensch als eigenverantwortliches Wesen. Die größte alevitische Gemeinschaft existiert in der Türkei, wobei das Alevitentum bis heute vom türkischen Staat nicht als religiöse Minderheit anerkannt wird. Die Europäische Kommission hat die Diskriminierung der Aleviten in der Türkei im Rahmen der Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union mehrfach kritisiert, unter anderem in der „Empfehlung zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt“ vom Oktober 2004. Ein Beitritt der Türkei zur EU ohne Anerkennung der Aleviten als muslimische Minderheit ist aufgrund der alle EU-Staaten verpflichtenden Religionsfreiheit daher undenkbar. Es gibt sehr viele alevitische Gemeinden und Vereine in Europa. Die „Federation of Alevite Unions in

Europe“ ist die größte alevitische Interessenvertretung in Europa und vertritt ca. 1 Million Aleviten, die in Europa leben.

In fast allen alevitischen Gemeinden werden Beratung für die Mitglieder und Bildungskurse für Kinder und Erwachsene zu verschiedenen Themen durchgeführt. Diese Arbeit wird meist von ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der Gemeinden durchgeführt, die durch das niedrigschwellige Beratungs- und Bildungsangebot einen wichtigen Beitrag zur besseren Integration ihrer Mitglieder in die jeweilige Gesellschaft leisten. Unter den Mitgliedern der alevitischen Gemeinden sind diverse auch unterschiedliche Probleme der Mitglieder festzustellen:

1.) *Förderung der Zweisprachigkeit der Kinder*

Viele Eltern fühlen sich mit der Unterstützung ihrer Kinder im Hinblick auf das Erlernen der Zweitsprache überfordert. Dabei spielt häufig ihre eigene mangelnde Beherrschung der Sprache des Aufnahmelandes sicherlich eine große Rolle. In der Gruppe der Eltern befinden sich teilweise noch AnalphabetInnen. Hinzu kommt, dass sich viele Eltern mit dem Erziehungssystem und damit zusammenhängenden Bildungsanforderungen im Kindergarten und in der Schule (z.B. Hausaufgabenhilfe) nicht gut auskennen. Sie fühlen sich aus diesem Grund häufig unsicher und überfordert und nur begrenzt in der Lage ihren Kindern Unterstützung zu bieten.

2.) *Traditionelle Rollenzuschreibungen der Geschlechter*

lösen sich mehr und mehr auf. Junge Mütter absolvieren Berufsausbildungen und/oder Studium, gehen einer Arbeit nach und gründen eine Familie. Sie sind häufig nicht mehr bereit ausschließlich als Hausfrau und Mutter zuhause zu bleiben. Hier ergeben sich manchmal Konflikte unter den Ehepartnern und innerhalb der Großfamilie.

3.) *Berufsorientierung und Berufswahl der jungen Menschen.*

Die Zahl der jungen Menschen mit Migrationshintergrund und ohne Schulabschlüsse/ Berufsausbildungsabschlüsse ist in allen europäischen Ländern im Vergleich zu Einheimischen hoch. Viele Eltern haben zu wenige Informationen über berufliche Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten für ihre Kinder. Manche Jugendliche befinden sich im Zustand der Perspektivlosigkeit und sind nicht motiviert sich weiterzubilden. In diesem Zusam-

menhang tauchen manchmal Themen wie Probleme mit Drogen und Kriminalität in Beratungsgesprächen auf.

4.) *Generationskonflikte.*

Viele ältere Mitglieder der Gemeinden fühlen sich isoliert und klagen über Einsamkeit und gesundheitliche Probleme. Sie haben starke Versorgungserwartungen an ihre Kinder aus denen sich Konflikte in den Familien ergeben.

5.) *Vorurteile.*

Es gibt unter den Bürgern der Mehrheitsgesellschaften immer noch viele Vorurteile gegenüber Muslimen. Dabei wird nicht differenziert, ob es sich um alevitische oder andere Glaubensrichtungen handelt.

Diese Art der Probleme und Konflikte gibt es selbstverständlich auch in deutschen Familien. Der Unterschied ist jedoch, dass diese ihre Muttersprache sprechen, sich mit dem jeweiligen System gut auskennen und genug Informationen haben, um die entsprechenden Fachstellen/Bildungseinrichtungen aufzusuchen. Eltern und Familienmitglieder alevitischen Glaubens sind meist nicht im und mit dem System aufgewachsen. Die lokalen Beratungsstellen und Bildungseinrichtungen, die z. B. Elternkurse und Familienbildungsseminare anbieten, sind ihnen nicht vertraut genug. Stattdessen wenden sie sich bei auftauchenden Problemen an ihre Gemeinden. Dort tauschen sie sich über ihre Probleme in der Familie und im Beruf aus und versuchen sich nach Möglichkeit gegenseitig zu unterstützen und zu beraten. Häufig übernehmen Schlüsselpersonen in den Gemeinden die Beratungs- und Bildungsaufgaben. Sie haben selten die entsprechenden Ausbildungen und fachlichen Kompetenzen und fühlen sich vielfach mit der Situation überfordert. Dies ist die Situation in den meisten alevitischen Gemeinden in Europa.

Durch die Möglichkeit des europäischen Austausches in Form einer Lernpartnerschaft hatten die beteiligten Partner die Möglichkeit, sich über bestehende Probleme auszutauschen, Situationen und Lösungen aus den unterschiedlichen Blickfeldern zu betrachten und mit Fachleuten zu diskutieren bzw. von ihnen zu lernen. Jede Gemeinde hat mehrere Kooperationspartner vor Ort, die sie in die Diskussionen während der Projekttreffen im jeweiligen Land einbezieht.

Im Zuge des demographischen Wandels sind alle Gesellschaften auf die Potenziale und Kenntnisse aller Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Es müssen alle in den Prozess des lebenslangen Lernens mitgenommen werden, auch die große Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund. Das Projekt sollte auch zum Anlass genommen werden, um den Migrantinnen und Migranten europäische Projektarbeit näher zu bringen und ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass auch sie ein Teil Europas sind. Die vielfältigen Probleme, die z. T. auf den Migrantenstatus zurückzuführen sind, führen zu oft dazu, dass diese Menschen sich ihrer eigenen Potentiale und Kompetenzen nicht bewusst sind bzw. ihre interkulturelle Kompetenzen wie Mehrsprachigkeit/Kenntnisse anderer Kulturen etc. nicht wertschätzen. Diese sollten auch im Rahmen der Lernpartnerschaft thematisiert und sichtbar gemacht werden.

PROJEKTZIELE/-STRATEGIE:

Ziele der Lernpartnerschaft waren folgende:

- Weiterbildung und Professionalisierung der Schlüsselpersonen und Lernenden in den alevitischen Vereinen in den Bereichen Beratung und niedrigschwelliger Bildungsangebote in den Themenfeldern Erziehung, Sprachförderung, Hausaufgabenhilfe, Berufsorientierung und Berufswahl, Familienbildung, Generationskonflikte, Konfliktbewältigung.
- Informationen und Öffentlichkeitsarbeit zu Alevitentum und der Bildungsarbeit in den Gemeinden.
- Ausbau der Brückenfunktion und Intensivierung der Kooperationsbeziehungen zu einheimischen Beratungsstellen und Bildungseinrichtungen. Die beteiligten alevitischen Vereine vertieften dabei, an im Rahmen des Projektes bestehende Kooperationsbeziehungen mit regionalen Akteuren/Fachkräften in ihren Mitgliedsstaaten wie z. B. die mit lokalen Erziehungsberatungsstellen, Bildungseinrichtungen, Kommunen, Universitäten. Diese wurden als strategische Partner in die Partnerschaft eingebunden. Bei jedem Partnerbesuch hielt ein Fachexperte einen Vortrag zum ausgewählten Thema.
- Alevitischen Vereinen Informationen zur EU zu geben und den Zugang zum europäischen Bildungsprogramm Lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Dabei sollte der Rahmen einer europäischen Lernpartnerschaft genutzt

werden, um sich auf europäischer Ebene auszutauschen und voneinander zu lernen. In diesem Zusammenhang ist auch der Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg zu sehen.

- In Zusammenarbeit mit strategischen Partnern/Fachleuten wurde ein zweisprachiger Leitfaden (Türkisch/Deutsch; Türkisch/Französisch) mit Grundlagenwissen und konkreten Empfehlungen zu den o. g. Themen (Erziehung -Schule-Berufswahl-Generationskonflikte- Konfliktlösungsstrategien) entwickelt und an die jeweiligen Gemeindemitglieder verteilt.

Dabei wurden Fragen der Eltern/Familienmitglieder zu den Themen während der Lernpartnerschaft gesammelt und entsprechende Antworten in Zusammenarbeit mit den strategischen Kooperationspartnern (z.B. Uni/Erziehungsberatungsstellen) formuliert. Der Leitfaden wurde neben der schriftlichen Form auch in Form eines Videoclips/DVD erstellt, um die Informationen der Gruppe der Analphabeten zugänglich zu machen. Im Leitfaden wurden außerdem Informationen und Kontaktadressen zu Beratungsstellen und Bildungseinrichtungen vor Ort in den jeweiligen Ländern gegeben.

20.10.2014

Karl-Heinz König



Bei der Abschlussitzung der vier Vereine im historischen „Kleinen Sitzungssaal“ im Rathaus Ravensburg. Typisch alevitisch: der Fotograf sieht die Versammlungsteilnehmer wichtiger an als die „Vorsitzenden“.

Foto: Samet Secereli

Impressum

Herausgeber:

SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale

Präsident: Hans-Peter Storz, MdL

E-Mail: info@hans-peter-storz.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts: Karl-Heinz König, Dornerweg 45, D 88709 Meersburg

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07532/313048

Tel.: 07542/20349

E-Mail: roterseechas@kabelbw.de und

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Presse LV BW:

Landesvertr.Presse@lvthberlin.bwl.de

Pressesprecher LVT BWL Berlin

nils.barg@lvthberlin.bwl.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma02@bundestag.de

Dagmar Neubert-Wirtz:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Franz Lemli:

franz.lemli@t-online.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Wolf99maci@aol.com

Martin Gerster, MdB:

martin.gerster@wk.bundestag.de

Margit Renner:

info@kjr-biberach.de

Hilde Mattheis:

Hilde.Mattheis@bundestag.de

Vorarlbergs soziale Kraft:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Monika Simmler:

monikasimmler@gmail.com

Wolfgang Schreier:

wmschreier@bluewin.ch

Claudia Friedl:

claudia.friedl@bluewin.ch

Dani Wiedmer:

info@sp-ai.ch

Martin Pfister:

m-pfi@bluewin.ch

Samet Secereli:

samet.secereli@hotmail.de

Europa Aktuell

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

pressemaci@aol.com

Katrin Fischer:

katrin90x@googlemail.com

Fritsch Annette:

Annette.Fritsch@spoe.at

Guido Berlinger-Bolt, Pol. Sekretär:

berlinger-bolt@sp-sg.ch

Peter Wildberger:

info@vcs-tg.ch

Helen Konzett Bargetze:

Helen.Konzettbargetze@landtag.li

Marc Hörler:

info@sp-ai.ch

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Hase im Titelblatt: Hans-Peter Sieger

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen:

(Karl-Heinz König)

roterseechas@kabelbw.de